



Antisemitismus – Zur aktuellen Diskussion

Reader der pax christi-Kommission Nahost
Juni 2018

Impressum

pax christi-Kommission Nahost
pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Hedwigskirchgasse 3
10117 Berlin
T: 030.200 76 78-0 | F: 030.200 76 78-19
Email: sekretariat@paxchristi.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Professor Johannes Feest	
1. Israelkritik und Antisemitismusvorwurf. Veranstaltungsverbote als Problem der Meinungsfreiheit	6
Alexandra Senfft	
2. Verwirrung der Begriffe. Der Umgang mit der internationalen Bewegung BDS zeigt, wie Israel-Kritik prompt zum Antisemitismus erklärt wird	9
Manfred Jeub	
3. Gewollte Begriffsverwirrung oder „unter Umstände auch unter Verletzung der Rechte des Einzelnen“	10
Manfred Jeub	
4. „Embedded words: antisemitisch“	11
Professor Wilhelm Kempf	
5. Zur Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt	13
Professor Rolf Verleger	
6. Der 4D-Effekt	14
Charlotte Wiedemann	
7. Tragische Bindung: Als Nachfahren der Judenmörder haben wir eine besondere Bindung zu Israel. Das Spannungsverhältnis müssen wir aushalten.	15
Professor Micha Brumlik	
8. Was tun gegen neuen Antisemitismus?	16
Avraham Burg	
9. Was ist falsch an Boykotten oder Sanktionen?	16
Dr. Klaus Müller	
10. Was den Staat Israel delegitimiert, hat nicht meine Gefolgschaft	17
Professorin Fatima El-Tayeb	
11. Die deutsche Debatte um muslimischen Antisemitismus	19
Sonja Zekri	
12. Antisemitismus in Deutschland. Jude, Israeli, Zionist.....	20
Professor Moshe Zuckermann	
13. Vorwort zu: Die Antisemitenmacher. Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert	20
Abraham Melzer	
14. Die Antisemitenmacher.....	21
Avraham Burg	
15. Offene Kritik an Israel gefordert.....	22
Shimon Stein und Professor Moshe Zimmermann	
16. Deutsch-israelische Beziehungen: Mehr Kritik wagen. Über Israels Existenzrecht hinaus: Der deutschen Außenpolitik muss es um die Demokratie des Landes unter Netanjahu gehen	25
Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland	
17. Antisemitismusbeauftragte(r) und Kritik an der Politik Israels	25

Einleitung

Professor Wilhelm Kempf	
18. Antisemitismus und Israelkritik	26
Shimon Stein und Moshe Zimmermann	
19. Antisemitismus: Dieser Feind steht rechts	30
Avraham Burg	
20. Die wahren Feinde Israels	31
Dr. Michael Blume	
21. Was ist Antisemitismus und warum muss man ihn besonders bekämpfen.....	32
Anna-Esther Younes, PhD	
22. Zur Kritik westlicher Antisemitismus-Diskurse.....	33
Dr. Farid Hafez	
23. Antisemitismus – Islamophobie. Der Stand der Disziplinen	34
Pax Christi International	
24. Appel für einen neuen israelisch-palästinensischen Friedens- prozess: Zeit zur Neuverpflichtung	35
Deutsche Bundesregierung	
25. Antisemitismus in Deutschland.....	36
The Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions National Committee (BNC)	
26. Brief an die Stadträtinnen und Stadträte der Landeshauptstadt München	37
Deutscher Bundestag	
27. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus	38
Dr. Angela Merkel	
28. Bundesregierung zu verabschiedeter Arbeitsdefinition von Antisemitismus.....	38
Deutscher Bundestag	
29. Antisemitismus entschlossen bekämpfen.....	39
Pax Christi International	
30. Die internationale katholische Friedensbewegung pax christi protestiert gegen Antisemitismus	40
Gruppe von prominenten britisch-jüdischen Akademikern und anderen Personen	
31. Wir müssen Antisemitismus definieren, um ihn wirksam bekämpfen zu können.....	41

Einleitung

Mit diesem Reader wollen wir, vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion in Deutschland über Antisemitismus, zum Nachdenken und zur Diskussion anregen. Er beinhaltet in Auszügen Beiträge, die sehr unterschiedliche Sichtweisen beinhalten, und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Nahostkommission, sondern soll vielmehr ein Bild des derzeitigen Diskussionspektrums geben. Wir danken an dieser Stelle den Autor*innen und Verlagen für die Abdruckgenehmigung. Dieser Reader erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

„Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi verurteilt die antisemitischen Spannungen in unserer Gesellschaft und weltweit aufs Schärfste. Antisemitismus oder Judenhass sind verachtenswert und inakzeptabel. Pax Christi International vertritt die Menschenrechte aller Menschen und aller Völker. Die Wurzeln der Menschenrechte gründen in der einem jeden menschlichen Wesen eigenen Würde.“¹

„Unser Engagement im Nahostkonflikt konfrontiert uns mit der deutschen Schuld an der Ermordung der europäischen Juden in den Jahren 1933 bis 1945. Auch wenn wir persönlich nicht schuldig geworden sind, wissen wir um die bleibende Verantwortung, die aus der Shoa erwächst. Es ist die je aktuelle Erinnerung an die Opfer und das Wissen um die bleibende Mahnung, dass ‚Auschwitz nicht noch einmal sei‘ (Theodor W. Adorno).“²

Mit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 ist dieser furchtbare Antisemitismus leider nicht verschwunden. Die seitdem über sieben Jahrzehnte währende deutsche Geschichte hat immer wieder gezeigt, wie stark Antisemitismus – ob in der Einstellung gegenüber jüdischen Menschen oder in Übergriffen gegenüber ihnen und ihren Einrichtungen noch in unserer Gesellschaft virulent ist. Dies beobachten wir auch in den vergangenen Monaten angesichts der durch die Medien bekannt gewordenen Vorfälle.

Der Beauftragte der Landesregierung von Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Dr. Blume, erläuterte bei einem Treffen mit pax christi-Mitgliedern am 27. April 2018 in Stuttgart den Begriff Antisemitismus so: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, speziell mit Verschwörungsmythen verbunden. Kritik an israelischer Regierungspolitik ist natürlich erlaubt. Sie ist nur dann antisemitisch, wenn sie mit Verschwörungsmythen verbunden ist oder das Existenzrecht Israels negiert.“ Diese Definition wird von uns voll unterstützt, ergänzt mit der Feststellung, dass für pax christi laut Beschluss der Delegiertenversammlung von Oktober 2010 sowie nach Auffassung der internationalen Gemeinschaft das Existenzrechts Israels auf die Grenzen vor 1967 bezogen ist.³

In den vergangenen Monaten wurde nach unserer Einschätzung in der Diskussion in Deutschland der Begriff Antisemitismus unscharf und fragwürdig, vor allem bei der Anwendung für Menschen, die sich für die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten und einen gerechten Frieden in Israel und Palästina einsetzen.

Immer wieder wurden Veranstaltungen in Deutschland unter dem Vorwurf des Antisemitismus abgesagt. Räume für einen Demokratie- und Menschenrechtsdiskurs werden damit kleiner („shrinking space“), ohne dass die geplanten Diskussionen wirklich den Vorwürfe genügen oder geltendes deutsches Recht verletzen würden. Allein ein geäußelter unbegründeter Vorwurf in Richtung Antisemitismus führt heute dazu, dass in Deutschland Diskussionsforen abgesagt werden. Diese Veranstaltungsverbote verletzen die in Deutschland geltende Meinungsfreiheit. Unterstützt von deutschen politischen Entscheidungsträgern scheint israelische Regierungspolitik zunehmend unangreifbar zu werden. Gleichzeitig ist eine fundierte Auseinandersetzung

¹ Siehe die Pressemitteilung von Pax Christi International vom 4.6.2018 am Ende dieses Readers.

² Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden - Zur Arbeit der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi in Israel/Palästina, Beschluss der pax christi-Delegierten-versammlung 2010 in Fulda <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5660270827405312/Ungeteilte%20Solidarit%C3%A4t%20f%C3%BCr%20einen%20gerechten%20Frieden>

³ ebd.

mit vorhandenem, höchst beunruhigendem, antisemitischem Gedankengut in der deutschen Gesellschaft dringend vonnöten. Wir sehen jedoch in der derzeitigen Debatte, in der Kritik an der israelischen Regierungspolitik und Antisemitismus undifferenziert in einen Topf geworfen werden, eine Krise der Dialogfähigkeit.

Die Position der Nahostkommission haben wir bereits im Oktober 2016 im Themenblatt [„Auseinandersetzung mit israelischem Regierungshandeln – Gerechtfertigte Kritik oder Antisemitismus?“](#) vorgestellt. Anlässlich der im Mai 2012 gestarteten Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“, die sich für einen Kaufverzicht von Produkten aus den illegalen israelischen Siedlungen im Golan, dem Westjordanland und Ostjerusalem ausgesprochen hat, hat die Nahostkommission ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es in Deutschland und der Welt niemals wieder einen Boykott geben darf, der sich auf eine religiöse oder ethnische Gruppe bezieht und damit die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass Kaufverzichtaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Nationalsozialismus muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben.

Es gibt keine gravierenden und weniger gravierenden Menschenrechtsverletzungen; internationales Recht ist universal und nicht relativierbar, die Menschenwürde des Einzelnen ist unantastbar. So ist es auch im deutschen Grundgesetz in Artikel 1 Absatz 1 wie auch in der Menschenrechtscharta festgeschrieben. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“, heißt es weiterhin in Artikel 3, Abs. 3. Die rechtliche Lage ist damit eindeutig und muss konsequent angewendet werden. Dies gilt aber auch im Umkehrschluss für den Schutz der Meinungsfreiheit, wird Artikel 3, Abs. 3 nicht verletzt.

Jede Form der Diskriminierung ist entschieden abzulehnen. Rassismus und Antisemitismus sind nicht identisch, haben aber Berührungspunkte.

Beidem muss in der deutschen Gesellschaft entschieden – im Kleinen und wie im Großen – entgegengetreten werden.

Beides muss auch konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

pax christi-Kommission Nahost

Juni 2018

Professor Johannes Feest

1. Israelkritik und Antisemitismusvorwurf. Veranstaltungsverbote als Problem der Meinungsfreiheit

[...] Die Judenfeindschaft hat eine sehr lange Geschichte. Den Begriff „Antisemitismus“ bzw. „Antisemit“ gibt es aber erst seit vergleichsweise kurzer Zeit. Er war zunächst eine Selbstbezeichnung von Personen, die sich 1879 in der „Antisemiten-Liga“ zusammenschlossen, mit dem Ziel „unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten und den Nachkommen der Urbewohner den Aufenthalt in demselben erträglich zu machen“. Von den Gegnern solcher Forderungen wurden die Begriffe übernommen und „Antisemitismus“ entwickelte sich im 20. Jahrhundert zum Kampfbegriff für die Ächtung jeglicher Art von Judenfeindschaft. Mindestens in Deutschland ist es heute beleidigend und rufschädigend, als „Antisemit“ bezeichnet zu werden.⁴ Die klassischen Definitionen lassen sich dahin zusammenfassen, dass es beim „Antisemitismus“ um die pauschale Ablehnung, Diskriminierung und/oder Verfolgung von Juden als Juden geht. In einem Essay hat der britische Philosoph Brian Klug dies näher erläutert. Es gehe um „Feindlichkeit gegen Juden als ‘Juden’“. Anführungszeichen um das Wort ‘Juden’ einzufügen mag wie ein Detail erscheinen, aber es verwandelt den Sinn der Definition. Genau erklärt sagt es folgendes: Antisemitismus ist eine Form von Feindlichkeit gegen Juden als Juden, in der Juden wahrgenommen werden als etwas anderes als sie sind.⁵ Das heißt: es werden Menschen aufgrund ihrer Abstammung, Religion, ihres Aussehens, ihres Namens "jüdische" Eigenschaften zugeschrieben, welche dann als Begründung für ihre Ablehnung, Diskriminierung Verfolgung und Vernichtung dienen. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es eine lebhaft diskutierte Diskussion über „Neuen Antisemitismus“.⁶ Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, ob die Feindlichkeit gegenüber Juden in unserer Zeit neue Formen gefunden hat. In Deutschland hat es vor allem Samuel Salzborn unternommen, eine er-

weiterte Antisemitismus-Definition zu propagieren und theoretisch zu untermauern. Er unterscheidet zwischen anti-zionistischem, anti-israelischem und „internationalem Antisemitismus: die BDS-Kampagne“⁷, und bezieht sich dabei vor allem auf eine „Arbeitsdefinition der EU“. Diese Working Definition wurde von der American Jewish Alliance initiiert und im Rahmen der europäischen Grundrechteagentur (FRA) sowie deren Vorläuferin (der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – EUMC) entwickelt⁸, allerdings von der EU niemals offiziell übernommen. Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) hat diese Arbeiten fortgeführt und am 26.5.2016 die endgültige Fassung der Working Definition verabschiedet.⁹ Am 31.5.2017 hat das Europaparlament mehrheitlich den europäischen Staaten empfohlen, die Definition der IHRA zu übernehmen. Sie wurde inzwischen von mehreren Staaten (darunter Österreich) adoptiert, am 20.9.2017 hat auch das deutsche Bundeskabinett beschlossen, sich die IHRA-Definition zu eigen zu machen. Sie lautet wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Im Anschluss an diese klassische Definition heißt es: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Damit wird die Möglichkeit eines israelbezogenen Antisemitismus ausdrücklich hervorgehoben. Operationalisiert wird diese Erweiterung durch eine Reihe von „heutigen Beispielen von Antisemitismus im öffentlichen Leben, den Medien,

⁴ Vgl. dazu die zutreffenden Ausführungen der Zivilkammer des LG München im Urteil vom 10.12.2014 (Az. 25 O 14197/14), Prozess Elsässer gegen Dittfurth, abrufbar unter <http://www.juttaditfurth.de/dl/dl.pdf?download=Elsaesser-gegen-Ditfurth-I-Instanz-20141210.pdf>.

⁵ Vgl. Brian Klug: Was meinen wir, wenn wir ‘Antisemitismus’ sagen? Auszüge aus einem Vortrag v. 8.11.2013, abrufbar unter <http://www.letnapark-prager-kleine-seiten.com/brian-klug.html> (Abruf 12.12.17).

⁶ Vgl. insbes. Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Nathan Schneider (Hrsg.) Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt 2004.

⁷ Samuel Salzborn: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel, Neukirchener Theologische Zeitschrift, 28. Jahrgang, Heft 1/2013, <http://www.hagalil.com/2013/06/israelkritik-oder-antisemitismus> (Abruf: 12.12.17).

⁸ Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Fundamental_Rights_Agency (Abruf: 12.12.17).

⁹ Wortlaut der Working Definition unter https://www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/press_release_document_antisemitism.pdf (Abruf: 13.12.17).

Schulen, am Arbeitsplatz und im religiösen Bereich“. Die folgenden konkreten Beispiele betreffen Israel:

- Behauptung, jüdische Bürger verhielten sich loyaler gegenüber Israel als gegenüber ihrem eigenen Staat
- Verneinung eines Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes, z.B. durch die Behauptung, der Staat Israel sei ein rassistisches Unterfangen
Anwendung von Doppelstandards, indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, welches von anderen demokratischen Staaten nicht erwartet wird
- Übertragung klassisch antisemitischer Symbole und Bilder auf Israel und Israelis (z.B. Juden als Mörder von Jesus Christus oder das fordern von „Blutzoll“)
- Vergleiche zwischen der Politik Israels und der der Nazis...(S. 118f.)

[...] Am Eingehendsten ist das Gutachten¹⁰, welches Hugh Tomlinson, ein prominenter britischer Jurist (Q.C.), für eine Reihe von NGOs verfasst hat. Er unterscheidet dabei zwischen der eigentlichen Definition und den anschließenden beispielhaften Illustrationen. Die aus zwei Sätzen bestehende Definition hält er für unbestimmt („vague and unclear“), weil sie auf eine bestimmte Perzeption von Juden abstellt, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken „kann“. Das sei einerseits zu weit, weil es offen bleibe, worin sich diese Perzeption oder Haltung noch ausdrücken könne. Andererseits sei die Definition zu eng, weil sie nicht ausdrücklich das Verhalten einbeziehe, „welches, auch wenn es sich nicht als Hass gegen Juden äußert, eine klare Kundgabe von Antisemitismus darstellt“. Was die angeführten Beispiele betrifft, so könnten die meisten der genannten Aktivitäten „nicht als solche antisemitisch genannt werden“. Als echte Beispiele (im Sinne der Definition) lässt er nur gelten, den „Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie“ bzw. den „Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen“. Im Übrigen betont er, dass die Arbeitsdefinition selbst keine rechtliche Bindungswirkung beanspruche. Jede Be-

rufung von Regierungen auf die Arbeitsdefinition müsse sich ohnehin an den rechtlichen Grenzen der Meinungsfreiheit (etwa in Art. 10 EMRK) messen lassen. Auf Grundlage dieses Gutachtens hat eine Reihe kritisch-jüdischer Organisationen kurz vor dem Beschluss des Europaparlaments (am 24.5.2017) gegen eine Befürwortung der IHRA-Definition protestiert, wenn auch ohne Erfolg.

Ähnlich, aber weniger ausführlich äußert sich Stephen Sedley¹¹, ein britischer Richter und Professor (bis 2011 Richter am Court of Appeals England & Wales; jetzt Prof. in Oxford). Die IHRA-Definition sei „unbestimmt“ und außerdem rechtlich nicht bindend („policy is not law“). Das Verbot von Veranstaltungen, wegen antizipierter Kritik von Israels Politik und Praxis der Land-Annexion, „kann nicht auf eine bloße policy gestützt werden, schon gar nicht auf eine so amöbenhafte und formlose wie die IHRA-Definition“.

Der Hamburger Politikwissenschaftler und Völkerrechtler Norman Paech¹² geht in einer kurzen Anmerkung auf den Beschluss der Bundesregierung ein. Diese habe dem Druck nachgegeben, „den Freunden der israelischen Regierung beizustehen, um die Kritik an der israelischen Politik noch wirksamer bekämpfen zu können“. Paech äußert erhebliche Zweifel, „ob diese Begriffserklärung jetzt helfen wird“, abgesehen davon, dass sie rechtlich nicht bindend sei. Über diese „politisch multiplexe Formel“ werde „auch der Zentralrat und all die verbissenen Parteigänger der israelischen Besatzungspolitik enttäuscht sein ... wenn sie sie einmal genauer gelesen haben“. Eine wissenschaftliche Definition würde dem „politischen Ziel, die Kritik an der israelischen Politik zu unterbinden, nicht dienen“. Leider verzichtet Paech auf Hinweise, wie eine nützlichere Definition aussehen könnte.

Im Zusammenhang mit Reaktionen auf ihre empirische Untersuchung „Antisemitismus als Problem und Symbol“ (2015) gehen Peter Ullrich und Michael

¹⁰ Hugh Tomlinson 2017, Counsel's Opinion, <http://freespeechonisrael.org.uk/ihra-opinion/> (Abruf: 12.12.17).

¹¹ Stephen Sedley: Defining Antisemitism. In: London Review of Books, Vol. 39 No. 9 (4th May 2017), <https://www.lrb.co.uk/v39/n09/stephen-sedley/defining-antisemitism> (Abruf: 12.12.17).

¹² Norman Paech: Eine neue Antisemitismus-Nicht-Definition. In: Rubikon v. 28.09.2017, <https://www.rubikon.news/artikel/eine-neue-antisemitismus-nichtdefinition> (Abruf: 12.12.2017)

Kohlstruck¹³ auf Antisemitismus-Definitionen, insbesondere auf die der EUMC/ FRA ein. Die Letztere sei keine „klare Definition, sondern ein eher zur Sensibilisierung geeigneter Beschreibungsversuch möglicher (aber jeweils nicht zwingender) Ausdrucksweisen von Antisemitismus“. Anders als Tomlinson, Sedley und Paech geht es ihnen nicht um die juristische Anwendbarkeit der Definition, sondern um ihre Praktikabilität in der Sozialforschung.

„Wir vertreten die Position, dass Ereignisse und Handlungen als antisemitisch klassifiziert werden sollten, in denen sich ein 'negatives Verhältnis gegenüber dem Judentum bzw. gegenüber Jüdinnen und Juden als solchen dokumentiert.“

Dies treffe den inhaltlichen Kern der in der Forschung verbreiteten Antisemitismus-Begriffe. Wenn man es aber nicht bei bloßen Motivunterstellungen belassen wolle oder von der apriorischen Annahme ausgehe, Antisemitismus bilde ein konstitutives Element der Moderne (wie Salzborn), müsse die empirische Forschung „Indikatoren benennen, an denen sich der antisemitische Gehalt intersubjektiv beobachten lässt“. Die Autoren weisen auf den Vorschlag des Historikers Christoph Nonn hin, sich bei wissenschaftlichen Untersuchungen auf „antisemitische Akte“ zu konzentrieren, da die Annahme von antisemitischen Mentalitäten problematisch sei.

Das Bestehen auf einer „klassischen“, engeren Definition empfiehlt sich auch wegen der zunehmenden, aber häufig unbegründeten, Bezeichnung bzw. Beschimpfung politischer Gegner als „Antisemiten“...(S. 122f.)

[...] Kritik an der israelischen Politik kann im Einzelnen antisemitische Hintergründe oder Motive haben. Diese müssen aber konkret, anhand eines sinnvollen, präzisen Begriffs von Antisemitismus nachgewiesen werden. Eine darüber hinausgehende Hexenjagd verhindert die erforderliche argumentative Auseinandersetzung.

Kritik an der israelischen Politik mag im Einzelfall, wegen der besonderen Beziehung Deutschlands zu Israel, als politisch inkorrekt empfunden werden.

Das entzieht sie jedoch nicht dem Schutz der Meinungsfreiheit. Auch kommt in nicht wenigen kritischen Äußerungen, eine nachdrückliche Besorgnis um den Zustand des Staates Israel zum Ausdruck.

Die laufende Kampagne gegen „antiisraelischen Antisemitismus“ ist nicht nur in Konflikt mit der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit, sie ist auch kontraproduktiv für die Bekämpfung eines recht verstandenen Antisemitismus. Sie ist nämlich geeignet, dem Kampf gegen die in Deutschland durchaus vorhandene Fälle von Ablehnung und Diskriminierung jüdischer Bürger Energien und Mitstreiter zu entziehen...(S.125)

Rechtsprofessor Johannes Feest, 1977 bis 2011 Leiter des Strafvollzugsarchivs, Israelkritik und Antisemitismusvorwurf. *Veranstaltungsverbote als Problem der Meinungsfreiheit, in der Zeitschrift der Humanistischen Union: vorgänge Nr. 220, Heft 4/2017, S. 117-126.*

Link:

http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online_artikel/online_artikel_detail/back/vorgaenge-220/article/israelkritik-und-antisemitismusvorwurf-veranstaltungsverbote-als-problem-der-meinungsfreiheit-1/

¹³ Peter Ullrich/Michael Kohlstruck: Muster der öffentlichen Kommunikation über Antisemitismus. In: conflict & communication online, Vol. 16, No. 1/2017.

Alexandra Senfft

2. Verwirrung der Begriffe. Der Umgang mit der internationalen Bewegung BDS zeigt, wie Israel-Kritik prompt zum Antisemitismus erklärt wird.

[...] In Europa, den USA, ganz besonders aber in Israel selbst, breitet sich spiegelbildlich zu BDS die Gegenkampagne aus – unter anderem vorangetrieben vom American Jewish Committee und der israelischen Regierung, die dafür die Chicagoer Anwaltsfirma Sidley Austin engagiert hat. In der texanischen Kleinstadt Dickinson mussten Einwohner, die nach Hurrikan *Harvey* entschädigt werden wollten, groteskerweise zunächst schriftlich zustimmen, Israel nicht zu boykottieren – ein Land, von dem viele vermutlich kaum je gehört hatten...

[...] Auf seiner Website spricht sich BDS gegen Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Muslimfeindschaft aus. Gleichwohl finden sich bei BDS auch Antisemiten, die dankbar jede sich bietende Gelegenheit nutzen, ihre antijüdischen Ressentiments auszuleben. Der Nahe Osten war schon immer eine perfekte Projektionsfläche für krude Spaltungsversuche und nicht bearbeitete Vergangenheitprobleme... Auch viele israelische und jüdische Intellektuelle befürworten oder tolerieren BDS... Das Rückkehrrecht ist keine von BDS „erfundene“ Forderung, sondern war stets Gegenstand internationaler Nahostverhandlungen.... BDS pauschal als antisemitisch zu dämonisieren, delegitimiert den politischen Akt und lenkt von berechtigter Kritik an Israels Besatzungspolitik ab. Das bedeutet jedoch nicht, dass Bewegungen wie BDS und andere nicht die Verpflichtung hätten, Antisemiten in den eigenen Reihen zu erkennen und zu isolieren...

[...] Die Debatte über die BDS-Kampagne, Israel und Antisemitismus zeigt eine Verwirrung der Begriffe. Es sind nicht alle Juden Israelis und nicht alle Israelis Juden. Ebenso wenig wie alle Juden Zionisten sind oder umgekehrt... Wieso müssen sich viele Juden, die sich mit dem Zionismus oder dem Staat Israel nicht identifizieren, so häufig als selbsthasende Juden beschimpfen lassen, obwohl sie sich, religiös oder atheistisch, zu ihrer Identität als Juden bekennen? Ist das Judentum überhaupt mit Israel identisch, wie das allenthalben suggeriert und Netanjahu zu betonen nicht müde wird? Wer hört auf die vielen Juden, die sich gegen diese Vereinnahmung verwehren?...

Gerade den Rechten passen der terminologische Nebel und die Anti-BDS-Kampagne ordentlich ins Konzept. Überdeckt doch der allzu rasch herausge-

schriene Antisemitismus-Vorwurf die eigentlichen Antisemiten, Israel-Feinde und Rassisten in den guten Stuben, Salons und Kneipen. ..Es geht in dieser Debatte nicht allein um Israel, Palästina und den Nahen Osten, sondern um den Erhalt Europas und den Frieden in der Welt. Jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ein Angriff auf die Demokratie. Deshalb dürfen Minderheiten, ehemalige oder aktuelle Opfergruppen nicht gegeneinander ausgespielt und politisch missbraucht werden – oder sich missbrauchen lassen.

Alexandra Senfft, freie Autorin, *Verwirrung der Begriffe. Der Umgang mit der internationalen Bewegung BDS zeigt, wie Israel-Kritik prompt zum Antisemitismus erklärt wird*, in: *Wochenzeitung Der Freitag* (Ausgabe 02/2018).

Link: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/verwirrung-der-begriffe>

Manfred Jeub

3. Gewollte Begriffsverwirrung oder „unter Umstände auch unter Verletzung der Rechte des Einzelnen“

[...] Zentrale Bildungsaufgabe zu allen Zeiten ist und bleibt, unterscheiden zu lernen, kritisch denken zu lernen - das nämlich bedeutet die griechische Wortwurzel krinein = unterscheiden. Eine ganz wichtige Unterscheidung, so meine ich, müsste die sein zwischen der Religion Judentum, bzw. den ihr Angehörigen, den Jüdinnen und Juden, und dem Staat Israel, deren Staatsbürger Israelis heißen. Letztere sind nicht alle jüdisch und Juden leben nicht alle in Israel, sondern überall auf der Welt. Viele davon unterstützen Israel, andere kritisieren die Politik dieses Staates, manche stellen sich im Nahostkonflikt auf die Seite der Palästinenser. Wenn man jungen Türken und Immigranten aus dem arabischen Raum diese Unterschiede klarmachen würde, wäre m. E. viel gewonnen. „Ich habe doch keine Palästinenser im Keller!“ antwortete der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Rostock als er mit der Parole ‚Freiheit für die palästinensischen Gefangenen‘ angegangen wurde. Das gilt es zu begreifen. Aber ist ein solches Bildungsziel in unseren staatlichen Bildungsinstitutionen überhaupt erwünscht?

„Die Bundesregierung hat das Verbrennen von israelischen Fahnen bei Anti-Israel-Protesten in Berlin scharf verurteilt.“ Man muss sich schämen, wenn auf den Straßen deutscher Städte so offen Judenhass zur Schau gestellt wird“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. Die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit sei "kein Freibrief für antisemitische Entgleisungen, für Hetze und für Gewalt". – so die regierungsamtliche Reaktion auf die Demonstrationen in Berlin. Bei diesem Antisemitismus-Vorwurf liegt es nicht an fehlender Bildung, dass Protest gegen den Staat Israel nicht unterschieden wird von Hass auf Juden in Deutschland. Hier wird mit Absicht verwirrt. Denn seit Jahren tut sich beim Thema Israel eine Schere auf zwischen Regierungskurs und Rechtsempfinden der Regierten...

[...] Statt die deutsche Politik gegenüber Israel zu überdenken, hat sie die Unterstützung Israels bekanntlich zur „Staatsräson“ erklärt. Nun ja, mag mancher denken, so kennen wir sie: weitermachen wie bisher. Aber das ist ein Irrtum. Man schaue einmal die Wortbedeutung von „Staatsräson“ im Duden nach. Sie lautet: „Grundsatz, nach dem der Staat einen Anspruch darauf hat, seine Interessen unter Umständen auch unter Verletzung der Rechte des

Einzelnen durchzusetzen, wenn dies im Sinne des Staatswohls für unbedingt notwendig erachtet wird.“ Schon werden israelkritische Veranstaltungen und Solidaritätsbekundungen mit den Palästinensern in manchen Städten administrativ verhindert...

Die internationale BDS-Kampagne, die mit zivilgesellschaftlichen Boykottmaßnahmen Druck auf die israelische Regierung ausüben will, zu der u.a. der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu aufruft und der sich in anderen Ländern prominente Künstler und Universitäten, große Unternehmen und ganze Kirchen angeschlossen haben, wird in Deutschland kriminalisiert.

Bundestag und -regierung lassen sich seit Jahren regelmäßig von einem „Unabhängigen Expertenkreis“ über die Entwicklung des Antisemitismus informieren. Der jüngste Bericht 2017 stellte eine stetige Abnahme antisemitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung im Beobachtungszeitraum von 2002 bis heute fest (S. 62)... Entgegen dem eigenen Gutachten aber wurde ein Hype um eine angeblich wachsende antisemitische Gefahr veranstaltet, der man mit einem Antisemitismus-Beauftragten begegnen müsse. Ein Sonderbeauftragter wäre allerdings sinnvoll, nämlich ein Antirassismus-Beauftragter, denn wirklich besorgniserregend sind Ressentiments und Attacken gegen Flüchtlinge. Der Bundestagsantrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ macht gar keinen Hehl daraus, dass es entscheidend darum geht, den Staat Israel unter den Schutzschild der Antisemitismusabwehr zu stellen und Proteste gegen sein Agieren zu unterbinden...

Manfred Jeub, Schuldekan i.R., *Gewollte Begriffsverwirrung oder „unter Umständen auch unter Verletzung der Rechte des Einzelnen“*, in: LESELUPE, 31.1.2018.

Link: <https://www.leselupe.de/lw/titel-Gewollte-Begriffsverwirrung-133303.htm>

Manfred Jeub

4. „Embedded words: antisemitisch“

[...] Wer zu wissen meint, was Antisemitismus ist, und dem Auftauchen des Wortes in dieser Kolumne mit gesundem Misstrauen begegnet, dem mag das Widersinnige dieses Falles den Klärungsbedarf verdeutlichen. *Antisemitische Juden*. Hier stimmt offensichtlich etwas nicht und die Frage ist: Stimmt etwas nicht mit den jüdischen Menschen, die so bezeichnet werden, oder stimmt etwas nicht mit dem Wort antisemitisch, das auf sie angewandt wird.

Niemand in Deutschland sollte einen Schulabschluss machen, ohne gelernt zu haben, dass der *Antisemitismus* die menschenverachtende Ideologie ist, aus der heraus in diesem Land ein staatlich organisierter, fabrikmäßiger Massenmord an Millionen von Menschen begangen wurde. Er oder sie sollte wissen, dass der Antisemitismus keine Erfindung Hitlers war, sondern schon im 19. Jahrhundert aufkam und in ganz Europa verbreitet war. Dass er sich auf eine krause Pseudobiologie stützte, die höhere und minderwertige Menschenrassen unterscheiden wollte. Dass Antisemitismus also eine Form des Rassismus ist. Und dass die entschiedene Gegenposition in der Anerkennung der *einen* unantastbaren Menschenwürde und der daraus folgenden universalen Menschenrechte besteht (GG Art 1).

Schließlich sollte die Warnung verinnerlicht sein, dass mit dem Ende der Nazizeit rassistische Einstellungen nicht verschwunden sind. Denn das ewige Bedürfnis, sich über andere zu erheben, wird so auf die billigste Weise befriedigt. Soviel eiserne Bildungsration muss sein.

Ressentiments und Feindseligkeit gegen Juden sind aber weit älter. Das ganze christliche Mittelalter ist davon geprägt. Hier liegt das Motiv im Religiösen und dem Absolutheitsanspruch des Christentums. An vielen mittelalterlichen Kathedralen ist das mit zwei Frauenfiguren verkörpert: die siegreiche Ekklesia (Kirche) mit der Krone und die für die Wahrheit blinde Synagoge mit der Augenbinde. Diese Form der Judenfeindlichkeit nennt man *Antijudaismus*. Auch das Reformationsjubiläum kann daran erinnern. 1523 hatte der junge Luther eine für seine Zeit erstaunlich judenfreundliche Schrift veröffentlicht (*Das Jhesus Christus eyn geborner Jude sey*), 1545 verfasste der alte Luther eine üble Hetzschrift gegen die Juden (*Von den Juden und jren Lügen*). Was war geschehen? Luther hatte erwartet, dass die

Juden sich zu seinem reformierten Christentum bekehren würden, und als das nicht eintrat, sondern sie an ihrer anderen religiösen Identität festhielten, wurden sie verteufelt. Die Toleranz hat der Reformator nicht erfunden. Beim Antisemitismus der Nazis half es Menschen mit jüdischen Wurzeln allerdings nichts, dass ihre Vorfahren schon vor hundert Jahren zum Christentum übergetreten waren – sie hatten ja „jüdisches Blut“, gehörten zur „minderwertigen Rasse“.¹⁴ Nach Auschwitz haben die christlichen Kirchen begonnen, ihre unselige antijudaistische Tradition aufzuarbeiten, die Hitlers Judenverfolgung zweifellos den Boden bereiten half.

Eine weitere Unterscheidung ist angebracht, wenn man auf judenfeindliche Einstellungen insbesondere bei Muslimen trifft. Hier ist das Motiv kein religiöses; die Geschichte des Islam zeigt vielmehr, dass in dessen Einflussbereich mit der jüdischen Minderheit anständiger umgegangen wurde als im christlichen Abendland.

Es liegt auch keine antisemitische „Rassenlehre“ zugrunde – nach ihr wären die Araber als „Kinder Sems“, als semitisches Volk selbst betroffen. Auslöser ist hier vielmehr der 1948 auf britischem Mandatsgebiet gegründete Staat Israel, dem in der extremen Position die Existenzberechtigung abgesprochen und in der gemäßigten Position vorgeworfen wird, dass er mit seinem seit 1967 fortdauernden Besatzungsregime die Palästinenser unterdrückt, deren Staatsgründung verhindert und sich völkerrechtswidrig immer mehr von deren Land aneignet, um durch vollendete Tatsachen ein Groß-Israel mit der Hauptstadt Jerusalem zu schaffen. Diese politisch motivierte Position heißt – als Gegenstück zum national-religiösen jüdischen Zionismus – *Antizionismus*. Sie findet sich auch nicht nur bei Muslimen...

[...] Das wichtige Warn-Wort Antisemitismus wird verschlissen und sinnentleert, wenn es als Rufmordwerkzeug an Israelkritikern herhalten muss. Was auf diese Weise passiert, zeigt das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles. Es war ursprünglich eine geachtete Institution, die große Verdienste

¹⁴ Vgl. http://www.hassia-judaica.de/Themen/1648_Zwangspredigten/165017.htm (Abruf: 03.06.2018).

beim Aufspüren von Naziverbrechern hatte. Seit 2010 gibt es eine Top-Ten-Liste der gefährlichsten Antisemiten heraus.

Kopfschütteln löste 2012 aus, dass auf Betreiben von Henryk Broder auf Platz 9 der Publizist Jakob Augstein auftauchte.¹⁵ Gerade ist die neue Liste herausgekommen. Auf Platz 1 findet sich Barak Obama.¹⁶ Er hatte als eine seiner letzten präventiven Amtshandlungen vor Trump angeordnet, dass, anders als seit Jahrzehnten, die USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution nicht blockierten, in der Israel wegen seiner Siedlungspolitik verurteilt und zum Kurswechsel aufgefordert wird. Das Simon-Wiesenthal-Center hat seinen Ruf endgültig ruiniert und das sinnvolle Wort Antisemitismus gleich mit...

Manfred Jeub, Schuldekan i.R., "Embedded words: antisemitisch", in: LESELUPE, 9.2.2017.

Link: <https://www.leselupe.de/lw/titel-Embedded-words-antisemitisch-129741.htm>

¹⁵ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/antisemitismus-vorwurf-eine-offene-gesellschaft-12011369.html> (Abruf: 03.06.2018).

¹⁶ Vgl. <https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27363> (Abruf: 03.06.2018).

Professor Wilhelm Kempf

5. Zur Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt

[...] Die Trennlinie im israelisch-palästinensischen Konflikt verläuft aber nicht mehr zwischen Juden und Arabern, sondern zwischen all jenen, die in Frieden leben wollen, und jenen, die ideologisch und emotional auf Gewalt setzen (Grossmann 2014). Selbst unter amerikanischen Juden finden sich nur ca. 8 % bedingungslose Unterstützer von Netanjahus Politik (Ben-Ami 2011), und 60 % der Juden in der Diaspora glauben nicht, dass sich Netanjahus Regierung um Frieden mit den Palästinensern bemüht (Goldmann 2015).

Um diesem Zustimmungsverlust entgegenzuwirken, hat der Vorsitzende der Jewish Agency, Natan Sharansky, den so genannten Drei-D-Test erfunden, mittels dessen sich antisemitische Israelkritik identifizieren lassen soll: Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelmoral als Alleinstellungsmerkmale für antiisraelischen Antisemitismus.

So plausibel dieser Test auch scheinen mag, kann er jedoch höchstens einen Anfangsverdacht begründen. Wie jeder eskalierte Konflikt geht auch der israelisch-palästinensische mit kompetitiven Fehlwahrnehmungen (Deutsch 2000) einher, die sich in lang andauernden Konflikten zu gesellschaftlichen Grundüberzeugungen verdichten. Diese sind u.a. durch den Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache und an die eigene Opferrolle sowie durch den Glauben an die Aufrechterhaltung von persönlicher und nationaler Sicherheit durch eine Politik der Stärke geprägt (Bar-Tal 1998). Dies findet – völlig spiegelbildlich – auf beiden Seiten statt: Woran die eine Seite glaubt, wird von der anderen strikt zurückgewiesen (Kempf 2015) und als Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelmoral empfunden.

Indem Natan Sharansky die drei Ds aber mit dem Label des Antisemitismus versehen hat, tritt zu ihnen ein viertes D hinzu: die Denunziation derer, die für eine Friedenslösung in Israel/Palästina eintreten. Eine Denunziation, die jegliche – auch noch so kleine – Abweichung von den eigenen Glaubenssätzen als antisemitisch brandmarkt, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einschränkt und eine kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Palästina-Politik zu verhindern sucht.

Schon seit geraumer Zeit hat diese Denunziationskampagne auch auf Deutschland übergegriffen, wo

sie nicht nur in den Medien, sondern zunehmend auch an den Universitäten geführt wird...(S. 44f.)

[...] Auffallend ist die neue Sprachregelung. Während man jüdische Kritiker*innen der israelischen Palästina-Politik bisher als »self-hating Jews« zu verunglimpfen pflegte, spricht man nun von jüdischem Antisemitismus. Wurden bislang die »self-hating Jews« zwar als von Selbsthass getrieben, aber dennoch in erster Linie als Juden gezeichnet, so scheint die Entwicklung nun dahin zu gehen, die Unterstützung der Occupartheid¹⁷ zum Definitionsmerkmal dafür zu machen, wer sich zu Recht jüdisch nennen darf. Zumindest aber geht sie in die Richtung, den Zionismus in seiner heutigen Form an die oberste Stelle der Wertehierarchie zu rücken. Dafür spricht auch, dass Antizionismus vor allem den jüdischen Occupartheid-Kritiker*innen zum Vorwurf gemacht wird, nicht aber jenen Leuten, von denen es sich – aufgrund ihrer Nähe zu den Palästinensern – am ehesten erwarten ließe.

Dabei sind es aber nicht nur Etiketten wie Antisemitismus oder Antizionismus, mittels derer man Rufmord an den Occupartheid-Kritiker*innen begeht, sondern handfeste Verleumdungen, mittels derer sie mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden und/oder ihnen unterstellt wird, auf die Vernichtung Israels aus zu sein...(S. 45)

Wilhelm Kempf, emeritierter Professor für Psychologische Methodenlehre und Friedensforschung an der Universität Konstanz, Herausgeber des »open access«-Journals »conflict & communication online«, Israel/Palästina. Zur Kampagne gegen Friedenskräfte im israelisch-palästinensischen Konflikt, in: W&F (Wissenschaft und Frieden) 3/17, S. 44-46.

Link: www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2229

¹⁷ Definiert als Diskriminierung zwischen Bevölkerungsgruppen auf Grundlage der ethnischen Herkunft als Ergebnis einer dauerhaften Besetzung (Bar-Tal 2015).

Professor Rolf Verleger

6. Der 4D-Effekt

[...]Es wird manchmal behauptet, man könne antisemitische Kritik daran erkennen, dass Israel „d“eligitimiert und „d“ämonisiert und mit „d“oppeltem Standard (= zweierlei Maß) gemessen werde. Fällt denjenigen, die das behaupten, nicht auf, dass Israels Politik seit eh und je diese „drei Ds“ auf die Palästinenser anwendet?

1. Delegitimierung: „Es gibt kein palästinensisches Volk“; „*Wir* brachten die Wüste zum Blühen“; „sie wurden nicht vertrieben; ihre Muftis haben ihnen befohlen zu gehen.“ „Gott hat uns dieses Land gegeben.“
2. Dämonisierung: Die gewählte Hamas-Regierung (wie früher die PLO) wird grundsätzlich mit herabsetzenden Beinamen versehen wie „radikalis-lamistisch“, „terroristisch“, „fundamentalistisch“. „Sie heiligen den Tod, wir heiligen das Leben“ (Netanjahu). „Die Araber zwingen uns, ihre Kinder zu töten“ (Golda Meir). Nicht wenige nationalreligiöse Juden sehen in den Arabern „Amalek“ (das mythische Bibelvolk, das Israel vernichten wollte).
3. Doppelter Standard: Wie oben im ersten Absatz eingeführt, misst Israel seine jüdischen und nichtjüdischen Bewohner mit zweierlei Maß in ihren materiellen Rechten (Aufenthaltsrechte, Immobilienbesitz, staatlich Zuschüsse u.a.).

Fazit: Wenn die „3Ds“ ein Merkmal von Antisemiten sind, dann ist Israels Politik schon lange antisemitisch – aber nicht gegen Juden, sondern gegen Palästinenser.

Es bleibt auch unklar, was unter Delegitimierung und Dämonisierung Israels zu verstehen ist. Soll es antisemitisch sein darauf hinzuweisen, dass Israel zu seiner Staatsgründung 700.000 Einwohner Palästinas vertrieb, ihnen die Rückkehr verweigerte und sie entschädigungslos enteignete und dass diese Enteignungen und Verdrängungen bis zum heutigen Tag weitergehen? Immerhin gibt es dazu gültige UN-Resolutionen?!

Soll es antisemitisch sein zu verlangen, dass sich Israel an solche Resolutionen und an Völkerrechtsnormen wie die Genfer Konvention halten soll und die Rechtsprechung des Internationalen Gerichts-

hofs akzeptiert? Es wäre schon ziemlich viel gewonnen, wenn sich Israel in dieser Hinsicht wie ein durchschnittliches europäisches Land verhielte, z.B. wie Serbien. Aber dazu bräuchte es klare Vorgaben von außen und gegebenenfalls Sanktionen. Im Moment wird hier international in der Tat mit zweierlei Maß gemessen, zum Vorteil Israels, nicht zum Nachteil...

[...] Zwischen Israel und Judentum kann und soll man deutlich unterscheiden. (Nebenbei: Judentum ist nicht „jüdisches Volk“; Judentum ist eine Religion wie Christentum und Islam, also nicht etwas, das ein „Volk“ konstituiert.) Aber kann man im Ernst Kritikern der israelischen Rechtsverletzungen vorwerfen, dass sie diesen Unterschied nicht sehen?

Wie lässt sich dieser Unterschied zwischen Israel und Judentum erkennen, wenn unsere Politiker und Medien und die Repräsentanten des Judentums fast unisono Israels Maßnahmen rechtfertigen und Kritik an dessen Menschenrechtsverletzungen als gegen Juden gerichtet („antisemitisch“) denunzieren? Das Beschweigen und Rechtfertigen der israelischen Rechtsverletzungen produziert am Ende die Abneigung gegen Juden, die angeblich bekämpft werden soll.

Das Judentum war etwas und soll etwas sein, worauf wir Juden stolz sein können. Ein Staat, der auf jüdischen Grundwerten basiert, muss nach Gerechtigkeit streben. Er muss Leben, Besitz, Kultur und Würde all seiner Bewohner und Nachbarn achten. Israels Politik und Ideologie beschädigen das Judentum in seiner Substanz...

Rolf Verleger, Psychologieprofessor bis 2017, ehem. Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden, heute im Vorstand des Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung e.V. (BIB), Der 4D-Effekt, in: „The European“, 16.9.2014.

Link: <http://www.theeuropean.de/rolf-verleger/8986-israels-politik-beschaedigt-das-Judentum>

Charlotte Wiedemann

7. Tragische Bindung: Als Nachfahren der Judenmörder haben wir eine besondere Bindung zu Israel. Das Spannungsverhältnis müssen wir aushalten.

Manche scheinen zu vergessen, dass es in diesem Land einen [deutschen Antisemitismus](#) gibt, der keinen Israelbezug braucht. Er blüht als einheimisches Gewächs im reichen, satten Land der Täter, in enger Nachbarschaft mit Gedenkstätten und Stolpersteinen aus Messing – ohne einen Funken Empathie...

[...] Etwas leiser und bescheidener könnten wir uns diese Frage stellen: Werden im deutschen Alltag, in der deutschen Politik Lehren aus der Shoah so gelebt, dass ein Ankommender sie auf Anhieb begreifen und womöglich überzeugend finden kann? Dieser Tage wird ein sogenannter Erinnerungskonsens bemüht, gegen den niemand verstoßen dürfe. Als ob das nicht längst geschähe!...

[...] Als Herkunftsdeutsche, als Nachfahren der Judenmörder haben wir eine historisch begründete Beziehung zu Israel, die nicht nur einzigartig ist (weil der Holocaust einzigartig war), sondern unweigerlich auch widersprüchlich und in gewissem Maße jenseits üblicher Logik angesiedelt. Dies Außenstehenden zu erklären, ist nicht leicht, und außenstehend sind zunächst einmal alle, die nicht Nachfahren der Täter sind. Wer will freiwillig einer derart widersprüchlichen und tragischen Beziehung beitreten?

Als Einwanderungsgesellschaft ist Deutschland folglich ebenfalls einzigartig – nämlich einzigartig schwierig. Dass in jüngster Zeit viele kamen, die Israel als Feind betrachten, verschärft das Problem. Doch auch für einen Vietnamesen oder eine Inderin ist Deutschland nicht wie Kanada.

Ein Bekenntnis zu Israel, das so tut, als gebe es dort keine gravierenden Menschenrechtsverletzungen, ist wenig glaubwürdig. Wir gewinnen an Glaubwürdigkeit, indem wir öffentlich darüber sprechen, welchen Ballast die israelische Regierungspolitik auf unsere historisch bedingte Verpflichtung lädt und wie traurig oder wütend uns das macht.

Wir brauchen ein neues Sprechen über Israel, habe ich an dieser Stelle vor drei Jahren geschrieben. „Neue Räume des öffentlichen Denkens und Spre-

chens über Israel müssen in Deutschland von Juden und Nichtjuden gemeinsam geschaffen werden.“...

[...] Aus dem Holocaust folgt, dass es eine sichere Heimstatt für Juden geben muss; einen Staat, der ihnen die Option auf Zuflucht offenhält. Allerdings sagte der israelische Schriftsteller David Grossmann zum Thema Heimstatt kürzlich Folgendes: „Wenn Israel ein anderes Volk erobert und seit 51 Jahren unterdrückt hält, ein Apartheidsregime in den besetzten Gebieten schafft, dann ist es viel weniger geworden als ein Zuhause. [...] Israel versetzt uns in Schmerz, weil es nicht das Zuhause ist, das wir uns wünschen. [...] Solange die Palästinenser kein Zuhause haben, werden auch die Israelis keines haben.“...

[...]Wenn der völkische Antisemitismus ebenso viel Aufmerksamkeit und Widerspruch erföhre wie der eingewanderte, wäre die Erregung dieser Tage sogar von Nutzen.

Charlotte Wiedemann, freie Autorin, Tragische Bindung. Als Nachfahren der Judenmörder haben wir eine besondere Beziehung zu Israel. Das Spannungsverhältnis müssen wir aushalten, in: die tageszeitung (taz), 2.5.2018.

Link: <https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5499533&s=Wiedemann/>

Professor Micha Brumlik

8. Was tun gegen neuen Antisemitismus?

[...] Frage: Wo beginnt Israel-bezogener Antisemitismus? Etwa wenn Kritik an der Regierung oder ihrer Besatzungspolitik auf die „Juden“ ausgeweitet wird?

Es wird dort antisemitisch, wo die israelische Besatzungspolitik gewissermaßen zur Ursache aller Übel der heutigen Zeit im Nahen und Mittleren Osten erklärt wird. Und damit unterstellt wird, dass - wenn sich da etwas ändert – das Elend in dieser Weltregion endet. Was absurd ist, wenn man sich ansieht, dass in den letzten fünf, sechs Jahren in Syrien zehn Mal so viele Menschen vertrieben wurden, geflüchtet sind oder umgebracht wurden wie in allen israelisch-palästinensischen Konflikten seit hundert Jahren...

Micha Brumlik, emer. Professor Erziehungswissenschaften, Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik, Was tun gegen neuen Antisemitismus?, Publik-Forum, 27.6.2017.

Link: <https://www.publik-forum.de/Religion-Kirchen/was-tun-gegen-neuen-antisemitismus>

Avraham Burg

9. Was ist falsch an Boykotten oder Sanktionen?

[...] Versetzen Sie sich selbst für eine Minute in die Rolle der Palästinenser und versuchen Sie zu verstehen, was Israel ihnen "erlaubt". Bedenken Sie, was Sie in deren Position tun würden. Eine gewalttätige Rebellion? Niemals! Das steht außer Frage, weil diese von einer noch gewalttätigeren Macht unterdrückt werden würde (es ist unleugbar, dass mehr Palästinenser von Israelis schuldlos getötet wurden als umgekehrt). Ein diplomatisches Abkommen? Damit haben Sie Naftali Bennetts Hinterteil und Benjamin Netanjahus verlorene Wahrnehmung zum Lachen gebracht. Also was dann? Nichts? Sollen sie nur Danke sagen und den Mund halten? Würden Sie an deren Stelle ruhig sein und bedingungslos kapitulieren? Plötzlich erscheint die Boykottbewegung nicht nur als ein nervender Versuch, die Geldbörsen der Israelis zu treffen, sondern als ein mutiger und innovativer Versuch, echte diplomatische Fortschritte zu erzielen. Und zwar dort, wo Dialog und Lösungen dringend notwendig sind: dem Ende der Besatzung, dem Abbau des Trennungswalles, der Anerkennung der Rechte und der Gleichheit

der palästinensischen Bürger Israels und der Lösung des Flüchtlingsproblems. Hier geht es um einen lokalen und internationalen Ausdruck einer völlig unterschiedlichen Ausformung des palästinensischen Kampfes. Um etwas Neues und Ungewohntes für uns – um gewaltlosen Widerstand.

Ist das auch verboten?

Im Vergleich zu dem, was unter all den genannten Alternativen herauskommt, sind Boykotte und Sanktionen noch am ehesten koscher. Repression ist schlecht, Gewalt noch schlechter. Gewaltloser Widerstand und unbewaffnete Volksaufstände nehmen sich im Gegensatz dazu ganz passabel aus.

Die Wahrheit ist, dass nicht alle der ihren hinter dieser Methode stehen, wie nicht alle der unseren uns unterstützen, aber die vorgegebene Richtung ist klar, überzeugend und auch bedrohlich. Ich bin sicher, dass der taffe Staat Israel eine Antwort auf jede Art von Gewalt finden wird. Aber er wird hilflos sein, wenn er mit einer zivilen Rebellion konfrontiert ist, die den Diskurs von den Begriffen Stärke und Widerstandsfähigkeit zu Recht und Werten führt. Dazu fehlen uns die Antworten...

[...] Was werden die Politiker und Soldaten tun, wenn 1000 palästinensische Kinder mit ihren Bällen, Rädern und Kameras auf die für Palästinenser geschlossene Shuhada-Straße in Hebron kommen und dort vor ihren Häusern spielen wollen, so wie es andere Kinder überall auf der Welt als Grundrecht tun können? Was wird die Antwort sein, wenn die Eltern der 1000 Kinder mit Tausenden anderen an die Mauer des palästinensischen Ghettos (euphemistisch Sperrzaun genannt) kommen, um dort vor den internationalen Medien und unter Tränengasnebeln so lange Mahnwache zu halten, bis die Mauer fällt?

Avraham Burg, ehemaliger Vorsitzender der Jewish Agency und der World Zionist Organization, 1999 bis 2003 Präsident des israelischen Parlaments, der Knesset, Was ist falsch an Boykotten und Sanktionen?, in: Der Standard, 16.2.2014.

Link: <https://derstandard.at/1389860609752/Was-ist-falsch-an-Boykotten-und-Sanktionen>

Dr. Klaus Müller

10. Was den Staat Israel delegitimiert, hat nicht meine Gefolgschaft

[...] Findest du es richtig, dass Städte wie Frankfurt oder Berlin Vertreter/innen der BDS-Kampagne keine Räume für ihre Veranstaltung zur Verfügung stellen?

Bei aller Ablehnung von BDS finde ich es persönlich doch sehr heikel, eine Debatte durch restriktive Maßnahmen zu vereiteln. Wir haben solche Konflikte um Räume und zwischen Israel-Solidaritätsgruppen und Palästina-Solidaritätsgruppen auch in der Badischen Landeskirche. Ich will den Befürwortern der BDS-Kampagne nicht den Mund verbieten. Der Boykott ist eine Option, die auch linke Israelis teilen. Diese Option muss geäußert werden können und gehört werden dürfen. Genauso wie ich möchte, dass sie mein dem Boykottaufruf nicht-Folgen-Können hören. Ich halte nicht viel davon, Debatten auszusperren und zu verunmöglichen – da traue ich dem Differenzierungsvermögen der Menschen einiges zu...

[...] Was sagst du zu dem Vorwurf palästinensischer Christ/innen, der Dialog zwischen Christen

und Juden hat den Preis, dass über das Unrecht, das in Palästina geschieht geschwiegen wird? Die Antwort ist eindeutig: Am gleichen Tag wie Gewaltlosigkeit die offizielle Politik der Palästinenser wird, ist Israels gewalttätige Besetzungspolitik vorbei. Die derzeitige Hysterie über die Boykotte und Sanktionen kann dies bezeugen.

Natürlich gibt es so etwas. Es gibt Engagierte im christlich-jüdischen Dialog, die sich ein Nicht-Votieren auferlegen oder sich einer Position verpflichtet fühlen, die sie als pro Israel verstehen. Aber ich würde es weit von mir weisen, solche Positionen als ein Essenziell des christlich-jüdischen Dialogs zu verstehen. Wer sich im christlich-jüdischen Gespräch engagiert, muss verstehen, dass Liebe zu Israel nicht Liebe zu einem bestimmten politischen Programm heißt, wie es die gegenwärtige Regierung vertritt. Diese Unterscheidung wollen manche allerdings nicht mitmachen. Als würde man bei uns sagen, nur der ist solidarisch mit Deutschland, der die Ultra-Rechte unterstützt. Das wäre ja wohl ziemlicher Unfug...(S. 17)

[...] Einer der zentralen Sätze christlicher Umkehr nach dem Faschismus war die Einsicht, die 1980 die Synode der Kirche im Rheinland formuliert hat,

„dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.“ Sind diese Sätze deiner Meinung nach heute immer noch wichtig?

[...] Wir können nicht an der Staatsbildung ablesen, dass der gnädige Gott mit und für Israel ist. Das wäre ein Kurzschluss, den wir theologisch und politisch nicht vertreten können...

[...] Die Rheinländer haben sich deshalb nochmal zu Wort gemeldet und gesagt, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass dieser Staat Israel, wie alle anderen Staaten, dem Gebot der Gerechtigkeit unterstellt ist. Es gibt für Israel keinen Freibrief, zu machen, was es will, und keine theologische Legitimierung für Enteignungen und unbegrenzte Besitzansprüche.

[...] Gibt es Sätze, die heute gesagt werden müssen?

Ja. Immer schon ist das Sein im Land verknüpft mit einem ethischen Anspruch. Das Sein im Lande ist ausgerichtet auf Friede und Gerechtigkeit. An diesen Anspruch müssen alle Seiten erinnert werden. Das Sein im Land ist an Erwartungen geknüpft. In der Bibel kann es ganz prägnant heißen: Das Land kann euch ausspeien, wenn Unrecht geschieht! Das sind Sätze, die in aller Vorsicht von nichtjüdischen Menschen wie mir und anderen auch gesagt werden können und vertreten werden müssen.

Wenn du für deine Mitstreiter/innen im breiten Feld der jüdisch-christlichen Dialogbewegung eine Agenda 2018 formulieren könntest oder müsstest, was steht ganz oben auf der Agenda 2018 in Hinblick auf den Streit in und um Israel-Palästina?

[...]Es ist ein Datum der Freude darüber, dass es diesen Staat Israel gibt – um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Alles was delegitimierend gegenüber diesem Staat Israel geäußert wird, hat nicht meine Gefolgschaft! Aber die Existenz dieses Staates muss neu mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden, mit dem Wahrnehmen von Menschen, die auch in dieser Region wohnen und die Ansprüche auf Selbstbestimmung und auf

ein Leben in Freiheit haben. Daran wieder zu erinnern steht auf der Agenda 2018...(S. 18)

Dr. Klaus Müller, Beauftragter für das christlich-jüdische Gespräch und Leiter des Arbeitsbereiches Interreligiöses Gespräch der Landeskirche in Baden, Vorsitzender der Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden (KLAK) der Evangelischen Kirche in Deutschland, Was den Staat Israel delegitimiert, hat nicht meine Gefolgschaft, in: Junge Kirche 4/17, S. 14-18.

Link:

http://www.jungekirche.de/2017/0417/2017_04_14-18.pdf

Professorin Fatima El-Tayeb

11. Die deutsche Debatte um muslimischen Antisemitismus

Um gleich mit dem Offensichtlichen zu beginnen: Natürlich existiert Antisemitismus unter MuslimInnen in Deutschland. Es gibt allerdings keine Belege dafür, dass dies stärker der Fall ist als unter Nicht-MuslimInnen.¹⁸ Es gibt Belege, dass antisemitische Straftaten fast ausschließlich von Mehrheitsdeutschen verübt werden.¹⁹ Warum also dominiert muslimischer Antisemitismus seit Beginn des Jahrtausends zunehmend Mediendebatten? Warum die oft wiederholte Behauptung, «viele» oder «die meisten» MuslimInnen seien antisemitisch (selbst wenn im gleichen Atemzug darauf hingewiesen wird, dass es kaum Studien zum Thema gibt)?²⁰...

[...] In der Praxis neigen die VertreterInnen der These des neuen Antisemitismus jedoch dazu, nahezu alle Formen des Antizionismus als antisemitisch zu interpretieren.²¹ So ergibt sich eine selbsterfüllende Prophezeiung, in der der neue Antisemitismus besonders unter MuslimInnen und anderen Menschen of color anzutreffen ist, da unter ihnen eine antizionistische Haltung verbreiteter ist als unter der Mehrheitsbevölkerung – dies wiederum allerdings nicht aufgrund eines verbreiteteren Antisemitismus, sondern eines verbreiteteren Antikolonialismus.²²... (S. 22)

Fatima El-Tayeb, Professorin für Literatur und Ethnic Studies, Die deutsche Debatte um muslimischen Antisemitismus, in: inamo 92 (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten) im Winter 2017 mit dem Hauptthema „Antisemitismus. Diskurse“, S. 22-24.

¹⁸ Vgl. Ozyürek, Ezra (2016), „Export-Import Theory and the Racialization of Anti-Semitism: Turkish- and Arab-Only Prevention Programs in Germany“, *Comparative Studies in Society and History* 58/1, 40–65. Ebenso existierte historischer Antisemitismus in der islamischen Welt, war aber nie so konstituierend für muslimische Gesellschaften wie für das christliche Europa. Zeitgenössischer Antisemitismus in der islamischen Welt speist sich aus ethno-religiösem Fanatismus und dem Israel-Palästina-Konflikt, beide relativ neu und nicht vergleichbar mit der jahrtausendealten antisemitischen kulturellen Prägung Europas. Das macht ihn nicht zu einem harmlosen Phänomen, rechtfertigt aber kaum seine diskursive Konstruktion als inhärenter Bestandteil muslimischer Identität.

¹⁹ Vgl. die in jedem Quartal durch die Fraktion Die Linke im Bundestag erfragten polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten, differenziert nach »rechtsextremen, linksextremen und migrationsbezogenem Tätermilieu«.

²⁰ Siehe etwa Amira (2010), *Pädagogische Ansätze zur Bearbeitung von Antisemitismus in der Jugendarbeit: Die Ergebnisse des Modellprojekts ›amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus«*, Berlin; Bundesministerium des Inneren (2011), *Antisemitismus in Deutschland Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*, Berlin.

²¹ Siehe Küntzel, Matthias (2012), *In the Straightjacket of Antizionism*, Canadian Institute for the Study of Antisemitism, 21. Dezember, <http://canisa.org/blog/review-of-gilbert-achcars-the-arabs-and-the-holocaust>.

²² Ebenso wichtig ist die langjährige Unterstützung des südafrikanischen Apartheidsstaates durch Israel, die das Land im Rest Afrikas isolierte und zweifellos entscheidend zu der Auseinander-

setzung um Zionismus als Rassismus auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, Südafrika, 2001 beitrug.

Sonja Zekri

12. Antisemitismus in Deutschland. Jude, Israeli, Zionist

Der Politologe David Ranan bezweifelt, dass es unter Muslimen mehr Antisemiten gibt als unter Nicht-Muslimen. Doch derzeit wird seine These pervertiert und politisch missbraucht...

[...] "Christlicher Judenhass basierte nicht auf einem realen Problem", sagt Ranan: "Dagegen haben die Muslime im Nahen Osten einen realen, nicht gelösten territorialen Konflikt mit den Juden, seit die zionistische Bewegung Erfolg hatte."...

[...] Wenn auf Palästina-Demonstrationen junge Araber ein Schild mit der Aufschrift "Kindermörder Israel" tragen, sei dies in aller Regel keine Anspielung auf die Ritualmord-Lüge des europäischen Mittelalters ("Die kennen die meisten gar nicht"), sondern auf israelische Angriffe auf die besetzten Gebiete...

Sonja Zekri, Journalistin und Autorin, Antisemitismus in Deutschland. Jude, Israeli, Zionist, in: Süddeutsche Zeitung, 1.4.2018.

Link:

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/antisemitismus-in-deutschland-jude-israeli-zionist-1.3926433>

Professor Moshe Zuckermann

13. Vorwort zu: Die Antisemitenmacher. Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert

[...] Antizionistisch eingestellte (orthodoxe oder kommunistische) Juden sind nicht ihrer Gesinnung wegen schon antisemitisch; ausgepöbelte Antisemiten können sich ohne Weiteres als prozionistische Israelfreunde erweisen; Israelkritiker – jüdisch oder nicht – dürfen den Anspruch erheben, nach dem Sachgehalt ihrer Kritik und nicht anhand fremdbestimmter Zuschreibungen beurteilt zu werden... (S. 11).

Moshe Zuckermann, Professor für Geschichte und Philosophie, wissenschaftlicher Leiter der Sigmund-Freud-Privatstiftung, Vorwort zu Abraham Melzer, Die Antisemitenmacher. Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert, Westend Verlag 2017, S. 9-17.

Abraham Melzer

14. Die Antisemitenmacher

[...] Solche Antisemitenmacher werden nicht müde zu behaupten, dass Menschen wie Hajo Meyer, Noam Chomsky, Alfred Grosser und andere Juden, die den Staat Israel kritisieren, „Jüdische Selbsthasser“ oder gar „Jüdische Antisemiten“ seien. Auch der Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) warf man einst vor, von jüdischem Selbsthass angetrieben zu sein, weil sie den Mut hatte, in ihrem Buch über den Eichmann-Prozess in Jerusalem einige Thesen aufzustellen, die dem jüdischen Establishment nicht passten...(S. 65)

[...] Aus einer anderen Studie, welche die Bertelsmann-Stiftung Anfang 2015 veröffentlichte, geht hervor, dass viele Deutsche Israel immer kritischer sehen. 48 Prozent der Deutschen haben eine schlechte Meinung über Israel, bei den Jüngeren im Alter zwischen 18 und 29 Jahren sind es sogar 54 Prozent. Fast zwei Drittel der Deutschen sehen die israelische Regierung negativ. Die Forscher stellen außerdem fest, dass die Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern zugenommen hat. Ärgerlich ist dabei, dass die „Israel-Experten“ der Bertelsmann-Stiftung diese Kritik zum Teil als „israelbezogenen Antisemitismus“ bewerten, obwohl es sich hier eher um Antizionismus handelte. Solange hier nicht deutlicher und klarer unterschieden wird, sind solche Studien wertlos. Denn wenn einerseits der Antisemitismus bei jungen Leuten zurückgeht, aber andererseits gerade bei dieser Altersgruppe die Kritik an Israels Politik zunimmt, müssen die Kategorien eindeutiger sein...(S. 77f.)

[...] Erleben wir in Deutschland eine neue Welle von Antisemitismus? Nein, sagt eine Studie vom Berliner Forum für Gewaltprävention. Im Januar 2015 veröffentlichten Michel Kohlstruck und Peter Ullrich vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin die Studie „Antisemitismus als Problem und Symbol – Phänomene und Interventionen in Berlin. Herausgegeben und in Auftrag gegeben wurde die Studie von der Landeskommision gegen Gewalt der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Die Studie sollte die Erscheinungsformen des Antisemitismus in Berlin für die Jahre 201 bis 2013 darstellen, deren Ursachen erforschen und Leitlinien für dessen Bekämpfung umreißen.

Das zentrale Ergebnis der Studie ist, dass sie keinen Anstieg von Antisemitismus feststellen konnte. Das stand im Gegensatz zum medial verbreiteten Bild einer „neuen antisemitischen Welle“ und eines „neuen Antisemitismus“, der vor allem von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgehen sollte. Doch im Bereich der polizeilich erfassten Straftaten gehen die meisten antisemitisch motivierten Delikte nach wie vor von Rechtsextremen aus. Kohlstruck und Ullrich gehen in ihrer Studie differenziert auf die unterschiedlichen (und teils problematischen) Definitionen und Erfassungsmethoden von Antisemitismus ein. Antijüdische Ideologien, Äußerungen, Argumentationsmuster und Delikte werden im Zusammenhang mit ihrem jeweiligen soziopolitischen und historischen Kontext analysiert.

Die Studie des renommierten Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) von Anfang 2015 warnte auch vor einem überzogenen „Anti-Antisemitismus“. Wer nur den jüdischen Staat ablehne, aber nichts gegen Juden als Juden habe, solle nicht das Stigma des Antisemitismus tragen müssen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Im Anschluss an die Veröffentlichung übte das American Jewish Committee (AJC) in Berlin scharfe Kritik an der Studie. Die Wissenschaftler nähmen „die Ängste und Sorgen von Juden in Deutschland nicht ernst und räumten diesen keine ausreichende Bedeutung ein“, schrieb das AJC in einer Pressemitteilung...(S. 79f.)

Abraham Melzer, Verleger und Publizist, Die Antisemitenmacher, Westend Verlag, 2017.

Avraham Burg

15. Offene Kritik an Israel gefordert

Frage Sebastian Engelbrecht: [...] die deutsch-israelischen Beziehungen sind äußerst intensiv. Was ist der Motor dieser Beziehungen – Pragmatismus oder Anziehung?

Antwort Avraham Burg: Ich denke, der Pragmatismus ist nur eine praktische Sache, wenn man das so sagen kann. Ich denke, es gibt einen sehr komplexen Motor, einen Motor mit mehreren Zylindern. Der zentrale Zylinder sind die Schuldgefühle, sehr, sehr schwere Schuldgefühle auf der deutschen Seite und Gefühle der Israelis, die mit der deutschen Schuld korrespondieren. Und es gibt da noch einen weiteren Aspekt: Es sind zwei posttraumatische Gesellschaften, jede aus unterschiedlichen Gründen. Es handelt sich um die beiden posttraumatischsten Gesellschaften des Westens heute. Die eine reflektiert das Post-Trauma der anderen. Israel ist der Spiegel Deutschlands, und Deutschland ist der Spiegel Israels. Und ich denke, unterhalb davon, in der Tiefe, gibt es eine gewaltige Neugier, die im deutschen Judentum und in Deutschland im 19. Jahrhundert begann, über die gesamte Phase der Weimarer Republik andauerte und natürlich mit dem Aufstieg der Nazis zur Macht endete. Diese Faszination zwischen Juden und Deutschen, zwischen Deutschen und Juden gab es vor der Schoah, und sie bleibt auch heute, mit einem Rollentausch. Aber es gibt eine enorme Faszination im Verhältnis der beiden.

[...] 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen - in Deutschland wird ein großes Jubiläum gefeiert, in Israel ist das faktisch kaum ein Thema. Warum interessieren sich die Israelis nicht dafür?

[...] Und wogegen schließen wir uns ab? Die Israelis sind zutiefst überzeugt - das ist natürlich eine ungenaue Verallgemeinerung -, dass erstens die ganze Welt gegen sie ist, zweitens Europa vom Antisemitismus getrieben ist und drittens die zweite Schoah vor der Tür steht. Alle diese Dinge sind aus meiner Sicht - ich formuliere es vorsichtig - Unsinn. Aber wir wissen es nicht: Es gibt eine Indoktrination auf der politischen Ebene. Die Schoah ist die nationale Strategie, oder besser: Das Trauma ist die nationale Strategie, die Führung fördert das Trauma, denn das ermöglicht viele Dinge, zu denen ein intakter Staat und eine intakte Gesellschaft nicht bereit wären.. Und dann blicken Sie auf Deutschland und das Jubi-

läum "50 Jahre". Deutschland feiert die Offenheit und sein Fähigkeit, mit der Vergangenheit zu korrespondieren, ohne sie zu verstecken. Israel zeichnet nach diesen 50 Jahren der Beziehungen die Vergangenheit aus, es gelingt Israel nicht, sich von ihr weg zu entwickeln, sie ist immer noch in ihr versunken. Und das ist der Unterschied der Zugänge zum Thema.

Sie haben die Bedeutung des Holocaust in diesem Zusammenhang jetzt gerade erwähnt. Eines der stärksten Bindeglieder zwischen Israel und Deutschland ist paradoxerweise der Holocaust. Sie vertreten in Ihrem Buch "Hitler besiegen" die These, Israel müsse sich von der Fixierung auf den Holocaust befreien, um den Herausforderungen der Gegenwart begegnen zu können. Im Blick auf die Beziehungen zu Deutschland, denke ich, wäre das allerdings ein Fehler, sich der Geschichtsvergessenheit hinzugeben. Was meinen Sie?

Ich bin kein Mensch, der sagt, dass man vergessen sollte - abgesehen davon, dass Google das Vergessen nicht erlaubt. Meine Behauptung ist einfach, dass die Vergangenheit existiert, aber es darf nicht sein, dass wir nur in der Vergangenheit leben. Israel lebt heute nur seine Vergangenheit. Alles ist High-tech, alles ist modern, Tel Aviv ist eine wunderbare Stadt. Tel Aviv und Berlin sind Schwesterstädte, wenn man ihre innere Energie sieht. Das stimmt alles. Auf der Ebene der nationalen Psyche sind wir sehr in der Vergangenheit gefangen, ein Teil im Tempel von vor 2000 Jahren, ein Teil in den Pogromen von vor 500 Jahren oder in der Vertreibung aus Spanien und ein Teil - alle - in der Schoah. Und ich behaupte: Ja, all das ist da, das ist unbestritten, aber das kann nicht die einzige Strategie sein. Wir müssen eine Entwicklung schaffen von der Strategie des Traumas hin zur Strategie des Vertrauens, und das ist uns noch nicht gelungen. Ich bin mir nicht sicher - und hier bin ich mir meines eigenen großen Scheiterns bewusst -, ich dachte, ich hätte durch mein Buch, das eine Debatte über die Schoah in Israel eröffnet hat. Ich habe viel abbekommen, aber die Debatte war eröffnet. Heute kann man schon anders über diese Dinge sprechen - es ist mir aber nicht gelungen, mit diesen Dingen in Deutschland anzukommen. Überall sagte man mir: 'Herr Burg, das ist uns zu schwierig. Das ist zu gefährlich. Das

ist zu explosiv. Gehen Sie bitte.' Ich bin damit in Deutschland nicht angekommen. Und mein Gefühl ist: Es sind zwei verschiedene Dinge passiert. In Israel schwatzen alle über die Schoah: Der Schüler, dessen Mutter aus dem Irak und dessen Vater aus Afghanistan stammt, war - in seinem Bewusstsein - in der Schoah. Und auch wer damit nichts zu tun hatte, ist hier ein Schoah-Überlebender. In Deutschland ist das in vielen Familien immer noch ein Geheimnis, das ist wie in der Astronomie ein schwarzes Loch, das noch nicht geöffnet wurde. Die Öffentlichkeit, die politische Führung sprechen darüber, es gibt Zeremonien, und Willy Brandt fuhr nach Warschau, mit einer mächtigen, großen Geste - aber nicht zu Hause. Nicht zu Hause. In vielen Häusern von Freunden von mir ist das noch verschlossen. Wenn Israel das abgeschlossen hat, wird Deutschland damit beginnen...

[...] Sind Sie den Marathon in Berlin gerannt?

Ich bin den Marathon in Berlin 2008 gerannt. Ich bin oft in Berlin gelaufen. Aber es gibt etwas Tieferes. Ich bin nicht sicher, dass die Israelis, die es nach Berlin zieht - außer der Kultur und der Offenheit und der Energie und der wunderbaren und schönen Stadt - das Trauma schon hinter sich haben. Ich fühle, dass es da eine Attraktivität gibt. Berlin hat etwas geschafft, was von enormem Ausmaß ist: Das Trauma ist auf der Straße präsent - die Stolpersteine, die Linie, wo die Mauer stand, das Jüdische Museum, das umstrittene Holocaust-Mahnmal, aber auch an den Straßenecken und in den "Missing Houses" ist die Schoah präsent, aber nicht auf aggressive Art und Weise. Es ist eine Erinnerung für die Gegenwart: "Sei demütig!" - Eigentlich kann ich sagen: Die Präsenz der Schoah in Berlin hat es zu dieser toleranten Stadt gemacht. Und in Israel ist - sagen wir - die palästinensische Vergangenheit nicht präsent. Also bin ich ihr gegenüber auch nicht tolerant. Und unsere jüdische Vergangenheit ist überrepräsentiert. Sie steht allein. Deshalb komme ich nicht vorwärts. Sehr viele Israelis, natürlich die Intellektuellen, die sensiblen Menschen, die Künstler empfinden, dass man ihnen in Berlin ein Gleichgewicht von Vergangenheit und Gegenwart anbietet, von Trauma und Hoffnung, von Aktualität und Erinnerung, das richtig ist. Und das ist eine gewaltige Errungenschaft, eine geistige Errungenschaft, eine

gewaltige spirituelle Errungenschaft Berlins. Das ist nicht überall in Deutschland so. Sie und ich wissen: Es gibt Orte in Deutschland, an denen es schwerfällt, dort herumzulaufen...

[...] Seit dem Mordanschlag auf die französische Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" im Januar gibt es wieder eine Diskussion über die Frage, ob die europäischen Juden Europa verlassen sollten. Ministerpräsident Netanjahu hat die französischen Juden dazu aufgefordert. Sie waren von 1995 bis 1999 Vorsitzender der Jewish Agency und der zionistischen Weltorganisation. Teilen Sie Netanjahus Auffassung?

Das ist eine kontroverse Frage, denn Sie wissen, dass wir in nichts derselben Auffassung sind. Aber Netanjahu verfolgt eine lange, traurige und schlimme Linie, die ich den katastrophalen Zionismus nenne: Je größer die Katastrophen für die Juden außerhalb Israels sind, um so mehr werden nach Israel einwandern. Ich denke, dass das absolut nicht richtig ist. Ich denke, das ist auch paradox: Man wendet sich an das europäische Judentum. In Europa leben 750 Millionen Menschen. Nicht einmal fünf Prozent von ihnen sind Muslime. Von den etwa fünf Prozent sind 90 Prozent wunderbare Bürger, und einige von ihnen sind problematisch. Und dann sagt man den Juden: Verlasst diesen Ort mit den Werten, den toleranten und humanistischen Verfassungen, und kommt nach Israel! - wo im offiziellen Israel 20 Prozent Nichtjuden sind und Diskriminierung 'eingebaut' ist und zwischen Jordan und Mittelmeer sind es insgesamt 50 Prozent Nichtjuden. Hier fehlt jede argumentative Logik. Und auch bei tieferer Betrachtung ist das nicht richtig. In welcher Hinsicht? Ich denke, in Europa ereignet sich heute ein Kampf von größter Bedeutung um die Zukunft des Westens, über den Dialog des Westens mit dem anderen, der nicht der Westen ist. "Der Andere" - das können ganz verschiedene sein. Er ereignet sich nicht in den USA, nicht in Australien, nicht in Japan. Er ereignet sich in Europa. Und das ist kein schmalziges Multikulti. Das ist eine tägliche Aufgabe. Es ist der Nachbar zu Hause, der Arbeitskollege, der Taxifahrer, jeder. Dieser Kampf ist letzten Endes bestimmt von der Entwicklung neuer Modelle eines neuen Westens und eines neuen toleranteren westlichen Islams, den es heute nicht gibt. Wenn dieser Kampf

in einem Europa stattfinden würde, das 'judenrein' wäre, wenn der Kampf um den "neuen Anderen" in Europa ohne Juden stattfände, wäre das ein Scheitern des Westens, und es wäre ein strategisches Scheitern des Judentums - und deshalb ist Netanjahus Rede Unsinn.

[...]Hier gibt es einige Entwicklungen, die den deutschen Partnern manchmal Sorgen machen. Israel isoliert sich zusehends durch seine Siedlungspolitik, das Unverständnis selbst der besten Verbündeten, auch Deutschlands, wächst. Die israelische Regierung scheint diese wachsende Kritik aber nicht wirklich ernst zu nehmen. Kann das so weitergehen?

Das kann so nicht weitergehen. Aber solange sich Deutschland fürchtet, seine Meinung öffentlich zu äußern - Merkel hat es im vergangenen Jahr höflich formuliert - und solange Deutschland denkt, dass unter moralischen Beziehungen zwischen den Völkern die Lieferung von U-Booten zu verstehen ist, kann sich nichts verändern. Es geht hier um Europa insgesamt, aber im Herzen Europas ist Deutschland - in jeder Hinsicht. Solange es nicht in der Lage ist, offen und laut seine Meinung zu sagen - es hat drei schreckliche Komplexe: Den Komplex des Postkolonialismus gegenüber dem Nahen Osten insgesamt, den Komplex der Nach-Schoahh gegenüber den Juden und den Minderwertigkeitskomplex gegenüber Amerika -, dann ist Europa kein politischer Player. Und wenn Europa kein politischer Player ist, kann Israel tun, was es will. Europa sollte verstehen, dass es nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Macht hat. Und Europa sollte sagen: Im europäischen Wertesystem der Gleichberechtigung, des Postkolonialismus, der Reue, des versöhnlichen Handelns können wir in unserer Mitte kein westliches Land akzeptieren, das ein anderes Land besetzt. Solange Europa das nicht sagt, wird alles so bleiben. So lange werden die Beziehungen aus Schuldgefühlen und Waffen bestehen. Und das ist nicht gut.

Avraham Burg, ehemaliger Vorsitzender der Jewish Agency und der World Zionist Organization, 1999 bis 2003 Präsident des israelischen Parlaments, der Knesset, Offene Kritik an Israel gefordert, im Gespräch mit Sebastian Engelbrecht, Deutschlandfunk, 10.5.2015.

Link: http://www.deutschlandfunk.de/ex-knesset-praesident-burg-offene-kritik-an-israel-gefordert.868.de.html?dram:article_id=319403

Shimon Stein und Professor Moshe Zimmermann

16. Deutsch-israelische Beziehungen: Mehr Kritik wagen. Über Israels Existenzrecht hinaus: Der deutschen Außenpolitik muss es um die Demokratie des Landes unter Netanjahu gehen

[...] Was hat die Beziehung zu Israel mit dem (auch im Beschluss behandelten) Antisemitismus zu tun? Die neue Kategorie "[israelbezogener Antisemitismus](#)" sorgt für Verwirrung, weil quasi automatisch jede Diskussion um die Politik Israels mit Antisemitismus verzahnt wird. Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Die Kluft zwischen den großen Worten über Israels Existenzrecht, der angebliche strategischen Partnerschaft einerseits und der konkreten Israel-Politik andererseits wird so immer größer.

Außerdem muss die deutsche Verantwortung gegenüber Israel noch ein anderes Ziel haben: Die israelische Regierung sollte motiviert werden, den liberalen Charakter der [Demokratie](#) aufrechtzuerhalten...

Zu den Schlüssen aus der Geschichte gehört es eben nicht, der israelischen Politik notwendig zuzustimmen, sondern Rückenwind zu erzeugen für die "europäischen Werte" in der israelischen Gesellschaft wie Liberalismus und Toleranz.

[...] Der Zwei-Staaten-Lösung lediglich Lippenbekenntnis zu erweisen und gegen die Siedlungspolitik, die diese Lösung stranguliert, nur kleinlaut zu protestieren genügt nicht...

Shimon Stein, 2001 bis 2007 Israels Botschafter in Deutschland.

Moshe Zimmermann, Professor emeritus an der Hebräischen Universität Jerusalem, Deutsch-israelische Beziehungen: Mehr Kritik wagen, Gastbeitrag in: DIE ZEIT Nr. 20/2018, 9.5.2018.

Link: <https://www.zeit.de/2018/20/deutsch-israelische-beziehung-demokratie-aussenpolitik>

Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland

17. Antisemitismusbeauftragte(r) und Kritik an der Politik Israels

1. Der Deutsche Bundestag hat im Januar 2018 die Bundesregierung aufgefordert, eine(n) Antisemitismusbeauftragte(n) zu berufen, der/die u.a. der weltweiten von Palästina ausgehenden Bewegung „Boycott, Divestment (Kapitalabzug), Sanctions“ (BDS)* entgegenzutreten habe. Denn „Antisemitismus“ nehme „mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an.“ Wir wenden uns gegen die darin enthaltene Unterstellung eines eindeutigen Zusammenhangs zwischen Kritik an Israels Politik und Antisemitismus. [...] Letztendlich wäre eine Zwei-Staaten-Lösung im deutschen wie im israelischen Interesse, um den "jüdischen und demokratischen Staat" vor der Selbstzerstörung zu bewahren.

Dieser Wunsch beruht keineswegs auf der Absicht, Israels Existenzrecht infrage zu stellen, sondern den Palästinensern das zu gewährleisten, was die jüdische Nation mit der Gründung des Staates Israel für sich in Anspruch nahm – das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Der Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn, die Überwindung alter Feindschaften, so wie sie Europa nach 1945 gemeistert hat, wäre die beste

Antwort auf die Geschichte. 2. Ebenso wird in der Schrift zum Antisemitismus der EKD von 2017 Kritik an der Politik des Staates Israel gleichgesetzt mit Antizionismus und Antisemitismus (S.9). Die Schrift stellt sich vorbehaltlos vor den Staat Israel, ohne ein Wort über die Leiden der Palästinenser zu verlieren. Wir wenden uns dagegen, dass die Politik der israelischen Regierung von Kirche und Gesellschaft in Deutschland nicht thematisiert wird, obwohl internationale, auch jüdische Menschenrechtsorganisationen - ebenso solche in Israel selbst - sie seit Jahren wegen ihrer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen anklagen...

Solidarische Kirche im Rheinland, Erklärung: „Antisemitismusbeauftragte(r)“ und Kritik an der Politik Israels, 2018.

Link: www.solidarischekirche.de

Professor Wilhelm Kempf

18. Antisemitismus und Israelkritik

[...] Im Bemühen um eine saubere begriffliche Fassung dieses neuen Antisemitismus hat Natan Sharansky, der Vorsitzende der Jewish Agency, den sog. 3D-Test vorgeschlagen, mittels dessen man antisemitische Israelkritik erkennen könne. Demnach ist Kritik an Israel antisemitisch, wenn sie eines oder mehrere der drei Ds erfüllt: Dämonisierung, Doppelmoral und Delegitimierung.

Feindschaft richtet, ihre tatsächliche oder vermeintliche jüdische Herkunft ist. Daraus folgt zweitens, dass eine Kritik, welche die israelische Palästinapolitik (nur) deswegen verurteilt, weil Israel eben der Staat der Juden ist, zu Recht als antisemitisch gebrandmarkt werden muss. Drittens geht aus den 3Ds aber nicht notwendigerweise hervor, dass dies der Fall ist.

Diese Kriterien klingen überzeugend, und wenn eines oder mehrere von ihnen erfüllt sind, sollte man auf alle Fälle vorsichtig sein. Man muss es ja nicht so weit kommen lassen, wie jener Haaretz-Redakteur, der mir am Rande einer Tagung in Jerusalem erzählt hat, wie er zu einem Vortrag nach Österreich eingeladen wurde und dann erst vor Ort bemerkt hat, dass seine Gastgeber eine Neonazi-Gruppe waren. Gleichwohl sind die 3Ds nichtausreichend, um Israelkritik *definitiv* als antisemitisch zu diagnostizieren.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ja nicht nur ein Konflikt zwischen Juden und Arabern, sondern eben ein *Konflikt*, der als solcher denselben sozialpsychologischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt, wie andere Konflikte auch.

Das hat verschiedene Gründe: Erstens, dass Antisemitismus die Feindschaft gegen Juden als Juden meint (Demirel et al. 2011). Das heißt: dass der entscheidende Grund für die Ablehnung eines Menschen oder einer Gruppe, gegen die sich die

In jedem eskalierenden Konflikt gibt es früher oder später einen Punkt, ab dem die Konfliktparteien um Anhänger und Koalitionen werben und bestrebt sind, dem Gegner einen Gesichtverlust zuzufügen (Glasl 1992) – und *beide* Seiten bedienen sich dazu des Mittels der *Dämonisierung* und *Delegitimierung* des Gegners. Im israelisch palästinensischen Konflikt ist dieser Punkt längst überschritten und die Hardliner auf beiden Seiten dämonisieren und delegitimieren einander wechselseitig. Wie in jedem anderen Konflikt auch, ist das völlig spiegelbildlich. Jeder eskalierende Konflikt zwischen Gruppen verstärkt ihren

inneren Zusammenhalt und bewirkt eine größere Identifikation der Gruppenmitglieder mit ihrer Gruppe und einen Wechsel zu konfliktorientierter Führung. Gruppenmitglieder, die sich im Kampf hervortun, gewinnen an Einfluss. Kompromissbereitschaft und Vermittlungsversuche werden als Verrat abgelehrt...

Jeder eskalierende Konflikt geht auf *beiden* Seiten mit kompetitiven *Fehlwahrnehmungen* (Deutsch 2000) einher, die sich in einer *Doppelmoral* manifestieren, welche die eigenen Rechte betont und die eigenen Handlungen rechtfertigt, während die Rechte des Gegners bestritten und seine Handlungen verurteilt werden. In langandauernden Konflikten wie dem israelisch-palästinensischen Konflikt verdichten sich diese Fehlwahrnehmungen zu gesellschaftlichen Grundüberzeugungen (Bar-Tal 1998), die u.a. durch den Glauben an die *Gerechtigkeit* der eigenen Sache und an die eigene *Opferrolle* sowie durch den Glauben an die Aufrechterhaltung von persönlicher und nationaler Sicherheit durch eine *Politik der Stärke* geprägt sind. Auch dies findet wieder auf beiden Seiten –völlig spiegelbildlich – statt und bewirkt, dass die je eigene Doppelmoral für pure Wahrheit gehalten wird, während einem umgekehrt jede Verletzung dieser puren Wahrheit als Doppelmoral erscheint.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelmoral *kein spezifisches Merkmal* von antisemitischer Israelkritik sind, sondern in *jedem* eskalierten Konflikt, von den Hardlinern auf beiden Seiten angewendet werden, dass man die Doppelmoral der eigenen Seite jedoch meist gar nicht bemerkt, während einem selbst eine neutrale Haltung, die auf Ausgleich zwischen den verfeindeten Gesellschaften bedacht ist, nur allzu leicht als Doppelmoral erscheint...

Kritik an der israelischen Palästinapolitik muss ja noch nicht einmal eine Parteinahme für die Palästinenser bedeuten, sondern kann auch aus Sorge um die Zukunft Israels erwachsen:

"Wenn wir die Situation belassen, wie sie ist", schreibt z.B. der israelische Schriftsteller Etgar Keret (2013), „ohne den Menschen, die unter unserer Besatzung leben, eine Lösung anzubieten, wird das letztlich unser Land zugrunde richten".

Selbst die extremsten Beispiele der Delegitimierung und Dämonisierung Israels lassen – für sich allein genommen – nicht erkennen, ob sie tatsächlich antisemitisch oder (in Anführungszeichen) „nur“ antizionistisch gemeint sind...

Wenn man also zwischen antisemitischen und anderen Formen der Israelkritik unterscheiden will, dann reichen die 3Ds nicht aus, sondern man muss untersuchen, in welches *Weltbild* kritische Einstellungen gegen Israeleingebettet sind.

Dabei muss man in Rechnung stellen, dass sich die Ausdrucksformen des Antisemitismus seit Ende des 2. Weltkrieges gewandelt haben. Neben den *manifesten Antisemitismus*, der an traditionellen Vorurteilen gegenüber Juden festhält (Heyder et al. 2005, Frindte 2006, Zick & Küpper 2007), ist ein *sekundärer Antisemitismus* getreten, der sich im Umgang der Deutschen mit der Nazi-Vergangenheit, dem Holocaust und der Schuld- und Verantwortungsfrage manifestiert (Schönbach 1961), sowie ein *latenter Antisemitismus*, der als Reaktion auf das Kommunikationstabu für antisemitische Äußerungen zu verstehen ist, und das Thema Juden schlichtweg vermeidet (Bergmann & Erb 1991).

Zweitens muss man – zumindest theoretisch – die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass sich die Ablehnung oder Unterstützung der israelischen Politik nicht nur aus Vorbehalten gegenüber Juden und Israelis, Palästinensern und Arabern speisen kann, sondern auch aus dem Wissen über den Konflikt, aus der emotionalen Nähe zu dem Konflikt oder zu einer der Konfliktparteien, sowie aus politischen Orientierungen wie Pazifismus und Menschenrechtsengagement.

Drittens muss man zwischen Vorurteilen und Ressentiments einerseits, und andererseits den Interpretationsrahmen unterscheiden, mittels derer jemand den israelisch-palästinensischen Konflikt versteht und aufgrund derer er sich so oder so zu dem Konflikt positioniert (vgl. Tabelle 1):

Als bedingungsloser Unterstützer der israelischen Politik (das gibt es ja auch), als ebenso bedingungsloser Unterstützer der palästinensischen Sache, oder als Kritiker, der auf einen *Ausgleich* zwischen den beiden Gesellschaften bedacht ist, sei es aus

einer neutralen Haltung heraus oder aus Solidarität mit der einen oder anderen Seite, deren Lebensbedürfnisse einem besonders am Herzen liegen...

Viertens muss man in Rechnung zu stellen, dass die Lehren von Auschwitz *nicht eindeutig* sind, und sich für Juden und für nichtjüdische Deutsche zudem auch durchaus *unterschiedlich* darstellen.

Die in Deutschland gezogene Lehre – so sie denn gezogen wurde – lässt sich auf die Formel bringen: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Damit erteilt sie zwar dem Antisemitismus eine klare Absage, wie sie auch in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen festgehalten wurde. Trotzdem kann sie hinsichtlich der Menschenrechtsfrage jedoch in zweierlei Weise interpretiert werden: Erstens, als Eintreten für die unmittelbaren Opfer des Nationalsozialismus, das eine Tendenz zu *Solidarität mit Israel* nahe legt, und zweitens als Eintreten für die Universalität der Menschenrechte, das eine Tendenz zur *Distanzierung* von zumindest einigen Aspekten der israelischen Politik und zumindest ein gewisses Maß an *Empathie* für die palästinensische Seite impliziert.

Auch Israelis und Juden auf der ganzen Welt befinden sich in einem ähnlichen Dilemma: Für sie lautet der Appell zwar nicht „Nie wieder Krieg“, sondern – um es mit den Worten des israelischen Politikers Yair Lapid (2014) auszudrücken: „dass wir um jeden Preis überleben“ und zugleich „unter allen Umständen moralische Menschen bleiben müssen“.

Der Unterschied „Nie wieder Krieg“ vs. „um jeden Preis überleben“ folgt aus der unterschiedlichen Rolle, die (nichtjüdische) Deutsche und Juden im III. Reich gespielt haben. Das moralische Dilemma, ist für Deutsche und Israelis jedoch dasselbe, denn – um erneut Yair Lapid zu zitieren:

„Die menschliche Moral beweist sich nicht, wenn alles in Ordnung ist, sie beweist sich durch unsere Fähigkeit, das Leiden der Anderen zu sehen, auch wenn wir allen Grund haben, nur unser eigenes zu sehen“.

Und der frühere israelische Spitzenpolitiker Avraham Burg (2010) hat darauf hingewiesen, dass zweierlei Menschen aus Auschwitz zurückgekommen sind:

Die einen, die sagten: „Nie wieder uns Juden“, und die anderen, die sagten: „Nie wieder der Menschheit“... (S. 1ff.)

[...] Als Ergebnis dieser Analyse identifizierten wir vier verschiedene Spielarten von Unterstützung vs. Kritik: Unterstützung der israelischen Politik, latent antisemitische Vermeidung von Israelkritik, antisemitische Israelkritik und menschenrechtsorientierte Israelkritik.

Die *Unterstützer der israelischen Politik* können in zwei Untergruppen eingeteilt werden, deren erste überwiegend aus pro-israelischen Hardlinern besteht, während die zweite Unterstützerguppe kleiner ist und sich weniger radikal zugunsten der israelischen Politik positioniert. Beiden Gruppen gemeinsam ist eine Tendenz zu Ressentiments gegenüber Palästinensern und Muslimen die unter einen pauschalen Terrorismusverdacht gestellt werden. Auffallend ist jedoch, dass beide Gruppen die sekundär-antisemitische Forderung nach einem *Schlussstrich* unter die Vergangenheit unterstützen, weshalb man sich fragen muss, wie zuverlässig die Unterstützung dieser scheinbaren Israelfreunde denn tatsächlich ist, und wie viele von ihnen sich nur deshalb zugunsten Israels positionieren, weil sie selbst vor der Welt gut dastehen wollen.

Latent antisemitische Vermeidung von Israelkritik ist für eine Gruppe von Deutschen charakteristisch, die sich einer Positionierung zum israelisch-palästinensischen Konflikt enthalten, während sie gleichzeitig sowohl zur Dämonisierung des Islam und zu einem pauschalen Terrorismusvorwurf gegen Palästinenser und Muslimeneigenen als auch zu antisemitischen, antizionistischen und israelfeindlichen Einstellungen und sich noch nicht einmal von der Unterstellung distanzieren, dass die Behandlung der Palästinenser in Israel „das wahre Gesicht der Juden“ zeige. Dass es sich bei dieser Kritikvermeidung tatsächlich um eine latent-antisemitische Haltung handelt, wird auch dadurch bekräftigt, dass sie nicht nur unter NPD-Wählern deutlich häufiger zu finden ist als im Rest der Bevölkerung, sondern auch die einzige Haltung darstellt, die sich neben einer offen antisemitischen Israelkritik auch am rechten Rand der Gesellschaft findet (vgl. Abb. 2).

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen ergreift stärker für die Palästinenser Partei als für Israel und kann in zwei Gruppen eingeteilt werden:

Antisemitische Israelkritiker teilen starke bis sehr starke antisemitische Vorurteile und sind nicht nur typische NPD-Wähler, sondern häufig auch in der Mitte der Gesellschaft (insbesondere bei den Wählern von CDU/CSU) zu finden. Bei den Wählern der Grünen und der Linken sind sie etwas seltener.

Menschenrechtsorientierte Israelkritiker stehen antisemitischen Vorurteilen dagegen ablehnend gegenüber. Sie sind über den israelisch-palästinensischen Konflikt generell besser informiert, und zwar nicht nur besser als die antisemitischen Kritiker, sondern auch besser als die Unterstützer der israelischen Politik. Zugleich zeigen sie eine größere emotionale Nähe zu dem Konflikt, ihr Pazifismus ist stärker ausgeprägt und ihre Menschenrechtsorientierung ist konsistenter als jene der antisemitischen Israelkritiker... (S. 5f.)

Wilhelm Kempf, emeritierter Professor für Psychologische Methodenlehre und Friedensforschung an der Universität Konstanz, Herausgeber des »open access«-Journals »conflict & communication online«, Antisemitismus und Israelkritik, in: Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 79, 2017, S. 1-8.

Link: www.regeneronline.de/books/diskuss_pdf/79.pdf

Shimon Stein und Moshe Zimmermann

19. Antisemitismus: Dieser Feind steht rechts

Die Dokumentation über Judenhass in Europa verwechselt Israelkritik und Judenfeindlichkeit. Damit verfehlt sie das eigentliche Problem: den klassischen Antisemitismus.

Der Auftrag, einen [Dokumentarfilm über den Antisemitismus](#) in Deutschland zu produzieren, endete mit einer Entgleisung, ja mit einem Etikettenschwindel. Im Mittelpunkt der umstrittenen Dokumentation *Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa* steht nicht der deutsche oder europäische [Antisemitismus](#), sondern der Streit um Zionismus, Israel, Palästina, den muslimischen Terror. Damit positionierten sich die Filmemacher als Vertreter einer dubiosen Botschaft: Der Antisemitismus ist den Autoren zufolge eher bei Arabern, Muslimen und Linken (in Europa wie auch in Israel) zu finden, Israelkritik resultiert allein aus Antisemitismus...

[...] Die Tatsache, dass Antisemitismus unter Arabern und Muslimen in [Europa](#) durchaus verbreitet ist, bestätigen auch repräsentative Meinungsumfragen. Doch die Frage müsste ja lauten: Wie konnte es dazu kommen? In der Vergangenheit waren muslimische Gesellschaften gegenüber Juden in der Regel ja toleranter als die christlichen Gemeinschaften. Was führte also zur Wende?

Die Antwort ist klar: Seit Ende des 19. Jahrhunderts verließen die Juden das zunehmend antisemitische Europa. Als Zionisten haben sie in Palästina für sich das Recht auf nationale Selbstbestimmung in Anspruch genommen. Das hat den arabischen Nationalismus herausgefordert, der sich wiederum der aus Europa importierten antisemitischen "Argumente" bediente. Diese Instrumentalisierung von antisemitischen Klischees verschärfte sich seit dem Sechs-Tage-Krieg. Antisemitische Vorurteile als vermeintliche Antwort auf kollektive Frustration – das ist keineswegs neu...

[...] Der Film wirft noch eine Frage auf: Was haben eigentlich die Lage der palästinensischen Flüchtlinge, [Israels](#) Krieg in Gaza, die Aktivitäten [der israelischen NGOs B'tselem oder Breaking the Silence](#), also Themen, die im Film ausführlich behandelt werden, mit dem deutschen Antisemitismus zu tun? Die Annäherung an diese Themen spiegelt eine gewisse Agenda wieder, jene nämlich, jegliche Kritik an der israelischen Politik für antisemitisch zu halten

oder die progressive Haltung gegenüber außereuropäischen Flüchtlingen zu verneinen.

Wer die politische Diskussion in Israel verfolgt, der weiß: Der im Film auftauchende Offizier, der Israels humane Kriegsführung in Gaza beteuert, ist der Vertreter einer NGO, die sich dem Kampf gegen Breaking the Silence widmet. Der alte sympathische 48er, der die Schuld für die Vertreibung oder Flucht der Palästinenser in die Schuhe der arabischen Führung schiebt, ist ein suspekter Geheimdienstler, der zum Politiker geworden ist. Ein dritter Interviewpartner ist ein Professor, der als rechtsorientierter Agitator alle kritischen NGOs als israelfeindlich einstuft, um nur einige Beispiele aus der Palette der angeblich unbefangenen Zeugen zu nennen, die im Film auftauchen. Und der wenig kundige Zuschauer ist auch nicht in der Lage, die List hinter der Delegitimierung einer Menschenrechtsorganisation wie B'tselem zu durchschauen.

Shimon Stein, 2001 bis 2007 Israels Botschafter in Deutschland, zurzeit Senior Fellow am Institut für Studien zur Nationalen Sicherheit (INSS) an der Universität Tel Aviv

Moshe Zimmermann, Professor emeritus an der Hebräischen Universität Jerusalem, Antisemitismus: Dieser Feind steht rechts, Gastbeitrag in: DIE ZEIT, 26.6.2017.

Link:

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/antisemitismus-deutschland-dokumentation-israelkritik>

Avraham Burg

20. Die wahren Feinde Israels

[...] Entgegen dem, was man vermuten könnte, handeln diese europäischen Staaten und Unternehmen ganz in Israels Interesse. Das tun sie, weil sie durch diese Maßnahmen die sogenannte Grüne Linie verteidigen, die vor 1967 als Grenze zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten galt. Diese Grüne Linie ist entscheidend für den Frieden in Nahost. Sie wurde während der Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Israel und den arabischen Staaten 1949 mit grünem Stift auf die Karten gezeichnet. Leider überlebte sie nur bis zum Krieg im Jahr 1967. Während dieses Krieges besetzte Israel das Westjordanland und den Gazastreifen. Seither bemüht sich jede israelische Regierung darum, diese Linie infrage zu stellen und schließlich auszuradieren. Mittlerweile ist die Grüne Linie aus den offiziellen Landkarten des israelischen Staates verschwunden. Ihre Erwähnung wurde gar in Schulbüchern verboten.

Das großflächige und expansionistische Siedlungsprojekt untergräbt die Grüne Linie tagtäglich. Sogar Wohnorte, die inzwischen über 50 000 Siedler zählen, sind innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete gegründet worden, um die Existenz der Grünen Linie vergessen zu machen und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu verhindern.

Jedem Israeli sollte seit langem klar sein, dass alles innerhalb der Grünen Linie zum demokratischen und rechtmäßigen Israel gehört. Und alles außerhalb dieser Linie ist etwas anderes: undemokratisch und unrechtmäßig. Nicht unser.

Aber das israelische Volk ist blind, seine Ohren sind taub und seine Führer schlaff und schwach. Dies ist genau eine dieser Situationen, in denen Gesellschaften dringend Rückmeldungen und Interventionen von außen benötigen: um die Absurdität der Lage zu spiegeln und die Aufmerksamkeit auf den großen Schaden zu lenken, den menschliche und politische Blindheit anrichtet. Um Israel zu sagen, dass es unmöglich ist, als einzige Demokratie im Nahen Osten behandelt zu werden, während es gleichzeitig die letzte Kolonialmacht in der westlichen Welt ist.

Es ist weder antisemitisch noch antiisraelisch, diese Botschaften laut zu verkünden. Im Gegenteil: Die

Siedler, die Besetzer und ihre politischen Verbündeten – einschließlich des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu – sind die wahren Feinde von Israels Zukunft.

Wer die Grenzen vor 1967 auslöschen möchte, steht im Wesentlichen auch für die Auslöschung von fundamentalen Werten, auf denen der israelische Staat gegründet worden ist: Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Säkularismus und Modernität. Palästinensisches Land über die Grüne Linie hinaus zu kolonisieren, geht in die Gegenrichtung: Es erzeugt fanatische, nationalistische, fundamentalistische und antidemokratische Energien, die alle bürgerlichen israelischen Grundfesten erschüttern....

[...] Die falsche Deklaration von Produkten aus Siedlungen als «made in Israel» zu verhindern und ihre Vorzugsbehandlung beim Zutritt in Europa zu blockieren, scheinen symbolische und kleine Schritte zu sein. Allerdings stellen sie angesichts der gegenwärtigen Umstände einen Riesensprung für die Friedensbemühungen im Nahen Osten dar. Dieser scheint ferner denn je zu sein.

Im Gegensatz zu dem, was Ihnen womöglich erzählt wurde, handelt es sich hierbei nicht um einen pauschalen Boykott Israels, sondern um eine subtile Unterscheidung zwischen Israels großartigem Potenzial und seinen destruktiven Fähigkeiten...

[...] Der Erhalt der Grünen Linie ist gleichbedeutend mit dem Erhalt Israels. Alle, die diese Grenze verteidigen und bestärken, sind Freunde Israels und erhalten die Hoffnung auf eine echte Demokratie im Nahen Osten aufrecht.

Avraham Burg, ehemaliger Vorsitzenden der Jewish Agency und der World Zionist Organization, 1999 bis 2003 Präsident des israelischen Parlaments, der Knesset, Die wahren Feinde Israels, Neue Zürcher Zeitung, 14.6.2012.

Link: <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-wahren-feinde-israels-1.17235815>

Dr. Michael Blume

21. Was ist Antisemitismus und warum muss man ihn besonders bekämpfen

[...] Wir bekämpfen den Antisemitismus nicht nur wegen „der Juden“. Wir bekämpfen ihn, weil der Antisemitismus als Verschwörungsglauben jedes Forum, jedes Zusammenleben, jede Gesellschaft und jede Religion bedroht!...

[...] Bitte verzeihen Sie mir daher die Bemerkung, dass ich manche Debatte über Schimpfworte auf Schulhöfen als selbstgefällig empfinde. Nicht die Kinder sind das Problem, sondern wir Erwachsenen und die Traditionen und Medien, die wir unseren Kindern zur Verfügung stellen! Niemand wird als Rassist oder Antisemit geboren; diese Kinder sind Produkte unserer eigenen und oft allzu beliebigen und kommerzorientierten Kultur!...

[...] Hier also haben Sie die große und mächtige Unterscheidung zwischen Semitismus und Antisemitismus: Semiten glauben an eine im Kern gute und geordnete Welt, ohne Leid und Unrecht auch nur im Geringsten zu leugnen. Sie glauben, dass wir Vertrauen zueinander und in die Welt haben sollten, dass wir Wissen erstreben und unsere Zukunft mitgestalten sollen. Und sie lehren, dass das Rechtsstaatsprinzip sogar stärker als das Mehrheitsprinzip zu gewichten ist.

Das eben ist der Kern beispielsweise in Bonhoeffers mutigem Text zur „Kirche vor der Judenfrage“, mit dem er 1933 gegen die so genannten „Arierparagrafen“ des NS-Regimes protestierte: Der Staat, der gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in seine Rechtsordnung aufnimmt, hört demnach auf, ein richtiger Staat zu sein. Und die Kirche, die zu diesem Versagen des Rechtsstaates schweigt, hört auf, wahre Kirche zu sein.

Ich denke, dass Semiten diese Aussage nicht nur auf einen Staat oder eine Religionsgemeinschaft, sondern auf alle Staaten und alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erweitern können.

Antisemiten glauben dagegen an eine Welt, die von bösen Verschwörern beherrscht wird und in der im Grunde niemanden zu trauen ist. Deswegen verkünden sie niemals die Herrschaft des Rechts, sondern die Herrschaft der Gewalt. Deswegen scharen sich um vermeintlich schützende Anführer, die sie in Wirklichkeit in den Abgrund führen. Und deswegen tradieren sie seit Jahrtausenden die immer gleichen,

antisemitischen Verschwörungsmymen quer durch die Kulturen und Religionen der Welt...

[...] Wenn wir den Antisemitismus bekämpfen, schützen wir nicht nur jüdisches Leben – wir schützen menschliches Leben überhaupt! Und umgekehrt: Lassen wir den Antisemitismus weiter wuchern, dann wendet er sich schließlich gegen uns alle...

Dr. Michael Blume, Staatsministerium Baden-Württemberg, Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus, Was ist Antisemitismus – und warum muss man ihn besonders bekämpfen?, Gastvortrag an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg, 25.4.2018.

Link: <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/meldung/pid/antisemit-en-bedrohen-uns-alle/>

Anna-Esther Younes, PhD

22. Zur Kritik westlicher Antisemitismus-Diskurse

[...] In dem neuen Diskursverständnis einiger Israel-Unterstützer allerdings, sollen Israel- oder kolonialismuskritische Stimmen als antisemitisch markiert werden und somit vom öffentlichen Diskurs komplett ausgeschlossen werden. Darüber hinaus ist die rassistische Fantasie, dass alle Juden Israel unterstützen oder gar eine homogene Meinungs-/Gruppe darstellen immer schwerer aufrechtzuerhalten. Israelkritische oder gar anti-zionistische Jüdinnen und Juden werden immer häufiger aus ihrem europäischen diskursiven «Schutzraum» nach dem Holocaust ausgeschlossen, angegriffen und in die gleiche Ecke gestellt, wie kritische Palästinenserinnen und Palästinenser. Aus den folgenden Beiträgen unseres aktuellen Schwerpunktteils kann abgeleitet werden, dass dies mittlerweile tatsächlich unter anderem zu deren komplettem diskursiven (legal, ökonomisch, partei-/ politisch, wissenschaftlich oder sozial) Ausschluss führen kann.

Das porös werden liberaler Strukturen wird außerdem begleitet von der Verhandlungsverschiebung politischer Themen auf die persönliche Ebene. Eine solche Verhandlungsverschiebung hat unter anderem zur Folge, dass wir realpolitische Fakten nun diskursiv auf die Meinungsebene verrücken können: In diesem Szenario kann sich eine Debatte über die Besatzung oder aber Kolonialisierung Palästinas in moralisch richtige Meinungen, oder moralisch falsche Meinungen einteilen lassen – nicht aber in eine Debatte um realpolitische Fakten oder Falschdarstellungen. In einer Informationsgesellschaft in der Wissen (und somit Macht) immer auch ungleich verteilt sind, führt eine solche Verrückung auf die persönliche Ebene und die Verzerrung von Realitäten verständlicherweise zur Verunsicherung derer, die sonst nur am Rande die Diskussionen verfolgen. Wer möchte schon als Antisemit gebrandmarkt werden, oder aber mit solchen assoziiert werden? Arbeitsbeziehungen, Freundschaften und politische Beziehungen enden hier.

Eine Diffamierung als antisemitisch hat weitreichende Konsequenzen in Deutschland und darüber hinaus. Der Grund dafür ist, dass Faschismus und Nazismus die sofortigen Assoziationen zum Antisemitismus sind. Im Umkehrschluss könnte man somit fragen, was gesamtgesellschaftlich für Einzelpersonen, Bevölkerungsgruppen oder auch Wissenschaft-

lerinnen und Wissenschaftler noch schlimmer sein kann, als mit Genozid und Faschismus in Verbindung gebracht zu werden? Verständlicherweise führt eine Bezeichnung als antisemitisch zum gesellschaftlichen Ausschluss der betreffenden Person...(S. 4f.)

Anna-Esther Younes, PhD in Anthropologie I-HEID Genf, Zur Kritik westlicher Antisemitismus-Diskurse, in: inamo 92 (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten) im Winter 2017 mit dem Hauptthema „Antisemitismus. Diskurse“, S. 4-6.

Dr. Farid Hafez

23. Antisemitismus – Islamophobie. Der Stand der Disziplinen

[...]Antisemitismus als das sehr viel bekanntere Untersuchungsobjekt in großen Teilend er akademischen Literatur dient offensichtlich als Startpunkt von Gedanken und Argumenten zu Islamophobie. Wissenschaftlerwie Moshe Zuckermann argumentieren, dass Islamophobie möglicherweise ein Ventil für versteckten oder latenten Antisemitismus geworden sei, weil Antisemitismus in Deutschland tabu ist und AntisemitInnen keine offen antisemitischen Aussagen mehr treffen könnten.²³ Gleichzeitig deuten diese Analysen auf die Ähnlichkeit der Bedeutungen und Funktionen von Islamophobie und Antisemitismus hin.

Matti Bunzl hat argumentiert, dass sowohl Islamophobie als auch Antisemitismus als das 'Andere' fungieren, Brian Klug fügt hinzu, dass beide mehrere Attribute in Bezug auf Europa teilen. Erstens haben beide Religionen eine schwierige Beziehung zum Christentum. Laut Klug wird das Christentum als die nachsichtige und vergebende Religion dargestellt. Demgegenüber werden Judentum und Islam als strenge, rachsüchtige und unbarmherzige Religionen aufgefasst. Zweitens wurden bislang beide Religionen tendenziell als der Aufklärung entgegengesetzt betrachtet. Beide sind drittens Teil der Geschichte dessen, was Said Orientalismus nennt. Jüdische Menschen wurden lange Zeit als die 'asiatischen Orientalen' innerhalb Europas gesehen, während muslimische Menschen die 'Orientalen' außerhalb verkörperten.²⁴ Klug betont zudem die Tatsache, dass die Figuren von 'Jude' und 'Muslim' in der Aufklärung ebenso wie im Orientalismus sehr unterschiedlich gewesen seien, weshalb er sich für eine intensivere Untersuchung der Logiken ausspricht, die diese Repräsentationen implizieren.²⁵ Ohne Zweifel besteht jedoch eine Verbindung zwischen den Figuren von Juden und Muslimen in der westlichen Erfahrung. Ein Hinweis hierauf ist, dass die am stärksten erniedrigten und physisch degradierten Jüdinnen und Juden in den Konzentrationslagern der Nazis als Muselmänner bezeichnet wurden, weil

die Nazis sie als Menschen kannten, die sich auf den Boden niederwarfen.²⁶...(S. 7f.)

[...] Manche WissenschaftlerInnen sind der Meinung, dass alleine der Antisemitismus einen welterklärenden Anspruch für AntisemitInnen habe, während Islamophobie andersfunktioniert. Diesen WissenschaftlerInnen zufolge ist Antisemitismus ein irrationales Konstrukt mit wenig Grundlage in der Wirklichkeit, aber einer langen Geschichte.²⁷ Ferner behandeln diese AutorInnen den Islam und MuslimInnen als ontologische Kategorien und unterfüttern teilweise selber islamophobe Diskurse. Siescheinen teilweise blind für die Existenz von Islamophobie in dominanten Gruppen zu sein²⁸ und argumentieren, dass Islamophobie nur in rechten Randgruppen vorkomme.²⁹ Dies jedoch sind genau die Merkmale, die für WissenschaftlerInnen wie Mattias Gardell Islamophobie ausmachen...(S. 9f.)

Dr. Farid Hafez, Abt. Politikwissenschaft der Universität Salzburg, Antisemitismus – Islamophobie. Der Stand der Disziplin, in: inamo 92 (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten) im Winter 2017 mit dem Hauptthema „Antisemitismus. Diskurse“, S. 7-12.

²³ Zuckermann, Moshe: Judensolidarität und Islamophobie in Deutschland. Anmerkungen zu einer ideologischen Verschwisterung. Ein Essay. In: Farid Hafez, Jahrbuch für Islamophobieforschung, 2012, (11-6), S. 16.

²⁴ Klug, Brian: The Limits of Analogy: Comparing Islamophobia and Antisemitism. In: Patterns of Prejudice, Vol. 48, Nr. 5, Dezember 2014, S. 452-4.

²⁵ Ebd.: S. 455.

²⁶ Sofky, W: Ordnung. 229-236 Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien und München, 1997, S. 138-161.

²⁷ Schwarz-Friesel, Monica & Friesel, Eyvatar: 'Gestern die Juden, heute die Muslime...?' Von den Gefahren falscher Analogien. In: Gideon Botsch et al. Islamophobie und Antisemitismus—ein umstrittener Vergleich, Berlin/Boston, 2012, S. 29-50.

²⁸ Wenn Rommelspacher von der 'Dominanzgesellschaft' spricht, meint sie eine Gruppe von Menschen, die über Macht verfügt. Vgl. Attia, Iman/Köbsell, Swantje/Prasad/Nivedita. Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen, Bielefeld, 2015.

²⁹ Ebd.: S. 41.

Pax Christi International

24. Appell für einen neuen israelisch-palästinensischen Friedensprozess: Zeit zur Neuverpflichtung

[...] Pax Christi International ist der Auffassung, dass gewaltfreier Widerstand gegen die Besetzung und Ungerechtigkeit den Weg für einen neuen Friedensprozess ebnen kann. Studien haben gezeigt, dass gewaltfreie Strategien doppelt so häufig erfolgreich waren wie bewaffneter Widerstand.³⁰ Als Christen, die sich für eine gerechtere und friedlichere Welt einsetzen, treten wir klar für eine kreative und aktive Gewaltfreiheit ein und lehnen alle Formen von Gewalt ab.³¹ Vor diesem Hintergrund unterstützt Pax Christi International den gewaltlosen Kampf der Palästinenser für ein Ende der Besetzung, für die Anerkennung ihrer Rechte und für die Anerkennung eines palästinensischen Staates.³² ...

[...] Viele Strategien gewaltfreien Widerstands wurden und werden auch weiterhin von Palästinensern angewandt, um gegen die seit 50 Jahren andauernde Militärbesetzung durch Israel und die herabwürdigenden Ungerechtigkeiten, die daraus resultieren, anzukämpfen. 2005 haben Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft eine Kampagne für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) ins Leben gerufen und üben seither damit Druck auf Israel aus, bis sich das Land an das Völkerrecht hält. Unserer Auffassung nach ist die BDS-Bewegung eine legitime Form des gewaltlosen Widerstands.³³ Wir meinen ebenso, dass solche Initia-

tiven, die gewaltlose Methoden anwenden, die Konfliktparteien dazu bewegen können, den Status-quo zu überdenken und neue Friedenswege zu suchen.

Die palästinensische BDS-Bewegung ruft Regierungen, Organisationen und Unternehmen dazu auf, eine gewaltlose Wirtschaftsstrategie umzusetzen, um damit Druck auf Israel auszuüben, bis das Land dem international gültigen Recht entspricht, indem es drei Forderungen erfüllt: Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger Israels bis zur völligen Gleichstellung; Beendigung der israelischen Besetzung aller arabischen Gebiete, die seit 1967 besetzt sind, sowie Abbau der Grenzzäune; Anerkennung, Schutz und Förderung des Rückkehrrechts für alle palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194.³⁴

Die Kampagne ruft außerdem dazu auf, die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für BDS einsetzen, einzustellen. Pax Christi International ist überzeugt, dass diese Forderungen gerechtfertigt sind und im Einklang mit dem Völkerrecht stehen. Sie müssen bei jedweden zukünftigen Friedensprozess zwischen Israel und Palästina Berücksichtigung finden. Pax Christi International betrachtet die BDS-Kampagne als einen Weg gewaltlosen Widerstands, um dem Frieden ein Stück näher zu kommen³⁵ und um Unternehmen, die von der Besetzung profitieren und damit gegen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verstoßen, unter Druck zu setzen.³⁶ ...

³⁰ E. Chenoweth and M.J. Stephan, 'Why civil resistance works: the strategic logic of nonviolent conflict,' in: Columbia studies in terrorism and irregular warfare, 2011, Columbia University Press, New York.

³¹ Siehe das Abschlussdokument zu unserer Konferenz „Gewaltlosigkeit und Gerechter Friede“: „Ein Appell an die katholische Kirche zur Neuverpflichtung auf die zentrale Botschaft des Evangeliums über Gewaltfreiheit“, 11.-13. April 2016, englischer Originaltext: <https://nonviolencejustpeace.net/final-statement-an-appeal-to-the-catholic-church-to-re-commit-to-the-centrality-of-gospel-nonviolence/>; deutsche Übersetzung: http://muenchen.paxchristi.de/file/download/AMlfv95F39NCaoTL6VisoNNZ5U-z4JPK5AAAw3Nh2mtvgZOKnn0bcmKtPruTeEQEhL41ohKKr6DwHub69k7w1eCs7O7Qf3oAjE6dhmLUWXCAGNbrsK3UZfkygfoPly2HI_jz2FMm0azfZlLaiSFn1UdKy6SbOD2LOyhd8lODisQVB2dW6LKK/Schlussklärung%20Konferenz%20zur%20Gewaltfreiheit%20in%20Rom.pdf

³² Siehe hierzu unsere frühere Stellungnahme zum israelisch-palästinensischen Konflikt (in englischer Sprache): <http://www.paxchristi.net/news/pax-christi-international-favour-recognition-state-palestine-and-ban-settlements/4570#sthash.LoxtXDtr.WWVVNFqy.dpbs>

³³ Im Kairos-Palästina-Dokument von 2009 wird festgehalten: „Die zivilen Organisationen der Palästinenser, aber auch die internationalen Organisationen, die Nichtregierungsorganisationen wie auch eine Reihe von religiösen Institutionen appellieren an Einzelne, Gesellschaften und Staaten, sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des

Handels gegen alle von der Besetzung hergestellten Güter einzusetzen. Wir sehen darin die Befolgung des Grundsatzes des friedlichen Widerstandes.“ (Pkt. 4-2-6), deutsche Version des Kairos-Dokuments siehe: <http://kairopalestine.ps/index.php/about-us/kairos-palestine-document>.

³⁴ UNGA resolution 194 is available at: [http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/194\(III\)](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/194(III)); deutsche Übersetzung: <https://palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/UN-Resolutione...>

³⁵ World Council of Churches, 'Sixty years of WCC Policy on Palestine and Israel,' (Ökumenischer Rat der Kirchen, '60 Jahre Politik des Weltkirchenrats in Palästina und Israel'): <http://www.67.com.au/pdf/I-P60yrsWCCpolicy%20one-pager4-07.pdf>.

³⁶ Gemäß den Leitprinzipien sollen Wirtschaftsunternehmen es vermeiden, durch ihre eigene Tätigkeit nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verursachen oder dazu beizutragen und diesen Auswirkungen begegnen, wenn sie auftreten (Pkt. 13a). Auch sollen sie sich bemühen, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhüten oder zu mindern, die auf Grund

[...] Pax Christi International unterstützt aber keinen Wirtschaftsboykott gegen ganz Israel, da wir meinen, dass zwischen Israel und den Gebieten, über die Israel keine Hoheit hat, unterschieden werden muss. Ein Wirtschaftsboykott muss genau auf jene Produkte und Dienstleistungen abzielen, die aus den illegalen Siedlungen und Unternehmen stammen und damit von der illegalen Besatzung profitieren.

Pax Christi International: Appell für einen neuen israelisch-palästinensischen Friedensprozess: Zeit zur Neuverpflichtung, 1.12.2016, deutsche Fassung.

Link: <http://www.paxchristi.net/de/news/appell-fuer-einen-neuen-israelisch-palaestinensischen-friedensprozess-zeit-zur-neuverpflichtung#sthash.JIDKXH6N.dpbs>

Deutsche Bundesregierung

25. Antisemitismus in Deutschland

[...] 29. Stuft die Bundesregierung die so genannte BDS-Kampagne gegen Israel (BDS – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) als antisemitisch ein? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Das BfV hat auch keine Kenntnis von der Beobachtung der Kampagne durch ein Landesamt für Verfassungsschutz...

- a) Wie viele Anhängerinnen und Anhänger hat diese Kampagne nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland?
- b) Werden die BDS-Kampagne bzw. ihre Anhängerinnen und Anhänger nach Kenntnis der Bundesregierung vom Bundesamt für Verfassungsschutz oder einem Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet?

Deutsche Bundesregierung, Antisemitismus in Deutschland, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck... und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4173, 3.3.2015.

Link: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804173.pdf>

Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 29, 29a und 29b werden gemeinsam beantwortet. Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von Aktivitäten der oben genannten Kampagne, die nach § 3 BVerfSchG eine Beobachtung durch das BfV ermöglichen.

einer Geschäftsbeziehung mit ihrer Geschäftstätigkeit, ihren Produkten oder Dienstleistungen unmittelbar verbunden sind, selbst wenn sie nicht zu diesen Auswirkungen beitragen (Pkt. 13b). Die Leitprinzipien in deutscher Übersetzung: https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf; englische Originalversion: http://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf.

The Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions National Committee (BNC)

26. Brief an die Stadträtinnen und Stadträte der Landeshauptstadt München

[...]Wie im BDS-Aufruf (2005) der palästinensischen Zivilgesellschaft ersichtlich, zielt die BDS-Bewegung auf: a) Beendigung der israelischen Besatzung und Kolonialisierung aller arabischen Gebiete; b) Aufhebung von Diskriminierung und volle Gleichstellung der palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels; und, c) das Recht auf Rückkehr und Wiedergutmachung für die palästinensischen Flüchtlinge.

Es wird behauptet, dass der Staat Israel auf der Basis der IHRA-Arbeitsdefinition als "jüdisches Kollektiv" zu verstehen ist, und dass die BDS-Bewegung mit diesen Zielen als antisemitisch einzustufen sei. Dieses Urteil beruht jedoch auf völkerrechtlich und faktisch unhaltbaren Argumenten:

Obwohl es keine internationale Definition des Antisemitismus gibt, ist anerkannt, dass es sich dabei um Rassismus und Rassendiskriminierung gegen jüdische **Personen** (nicht einen Staat) im Sinne der Internationalen Konvention (ICERD) handelt. Die BDS-Bewegung verurteilt jede Form von Rassismus und Rassendiskriminierung, inklusive Antisemitismus. BDS-Kampagnen richten sich **niemals gegen israelische StaatsbürgerInnen oder andere Personen aufgrund ihrer jüdischen oder israelischen Identität**. Im Gegenteil, viele von ihnen sind Teil der BDS-Bewegung. Bei BDS geht es **ausschließlich um die Politik des Staates Israel** und die damit verbundenden **schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts**, welche auch von der UNO und EU verurteilt werden, sowie um **universale Menschenrechte**, die auch für PalästinenserInnen gelten.

Der Staat Israel als "jüdisches Kollektiv": Tatsächlich definiert sich Israel politisch und in seiner Gesetzgebung als "Staat des jüdischen Volkes", welcher jüdische BürgerInnen anderer Staaten mit einschließt und seine palästinensischen StaatsbürgerInnen ausschließt. Tatsache ist aber auch, dass viele jüdische Menschen weltweit nicht vom Staat Israel vertreten werden und dies auch nicht wünschen.

Zugleich widersprechen Gesetze und Verständnis, welche Israel als "jüdisches Kollektiv" definieren, Israels Status und Verpflichtungen als Staat gemäß Völkerrecht. Auf der Basis von Völkerrecht ist Israel, wie jeder andere Staat, ein

Staat seiner BürgerInnen und dazu verpflichtet, die Menschenrechte seiner Bevölkerung zu respektieren und zu schützen. Dies gilt auch für die Grundrechte seiner palästinensischen Bevölkerung auf Rückkehr, Eigentum, Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung. Gemäß Völkerrecht existiert kein Recht auf Selbstbestimmung eines jüdischen Volkes auf Kosten des international anerkannten Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, und es gibt kein Recht für Israel als Besatzungsmacht, palästinensisches Land zu kolonisieren und zu annektieren.

Demnach haben politische Kritik, BDS-Kampagnen und Resolutionen der UNO oder EU, welche Israels Verantwortlichkeit für diese universalen Standards einfordern, nichts mit "doppeltem Standard" oder Dämonisierung des Staates Israel oder mit Hass gegenüber jüdischen Personen und Antisemitismus zu tun...

[...]Das Ziel der **Beendigung der israelischen Besatzung und Kolonialisierung aller arabischen Gebiete** im BDS-Aufruf **bezieht sich nicht auf das international anerkannte Territorium des Staates Israel**: Gemäß humanitärem Völkerrecht ist ein Besatzungsregime immer ein temporäres Militärregime. Dieses Ziel bezieht sich daher auf alle arabischen Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden und bis heute von der UNO als "seit 1967 besetzte arabische Gebiete" bezeichnet werden: das palästinensische Westjordanland (inklusive Ostjerusalem) und der Gazastreifen; sowie die syrischen Golanhöhen. Kolonialisierung bezieht sich auf Israels völkerrechtswidrige Siedlungs- und Annexionspolitik in diesen besetzten Gebieten...

The Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions National Committee (BNC), Brief an die Stadträtinnen und Stadträte der Landeshauptstadt München, Ramallah, 21.11.2017.

Link: http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2017/11/171121_BNC-an-Stadtrat-M%C3%BCnchen.pdf

Deutscher Bundestag

27. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Hinweis auf Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11970, 7.4.2017.

Link:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>

Dr. Angela Merkel

28. Bundesregierung zu verabschiedeter Arbeitsdefinition von Antisemitismus

[...]Das Kabinett hat heute die von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus in einer erweiterten Form zur Kenntnis genommen. Die Verabschiedung dieser Arbeitsdefinition im Plenum der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken im Mai 2016 geht auf eine deutsch-rumänische Initiative zurück.

Die Definition lautet in der erweiterten Form wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ ...

Dr. Angela Merkel, Bundesregierung zu verabschiedeter Arbeitsdefinition von Antisemitismus, Regierungspressekonferenz am 20.9.2017.

Link:

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-20-regpk.html>

Deutscher Bundestag

29. Antisemitismus entschlossen bekämpfen

[...]Der Kampf gegen den Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er kann nicht allein staatliche Aufgabe oder gar Aufgabe der in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens sein. Insbesondere Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren Reihen kein Platz ist...

[...]Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Judenfeindlichkeit. Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind...

[...]Der Gefahr eines durch Zuwanderung erstarken Antisemitismus muss die gleiche hohe Aufmerksamkeit gelten wie dem bestehenden Antisemitismus in Deutschland. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat in seinem Bericht festgestellt, dass antisemitische Einstellungen und Ressentiments nicht nur ein Problem von Randgruppen sind, sondern bis in die Mitte unserer Gesellschaft reichen...

[...]Der Deutsche Bundestag begrüßt den Beschluss der Bundesregierung vom 20. September 2017, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in erweiterter Form politisch in Umlauf zu bringen...

Deutscher Bundestag, Antisemitismus entschlossen bekämpfen, Beschluss vom 18.1.2018, Antrag in: Drucksache 19/444.

Link:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/004/1900444.pdf>

Pax Christi International

30. Die internationale katholische Friedensbewegung pax christi protestiert gegen Antisemitismus

Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi verurteilt die antisemitischen Spannungen in unserer Gesellschaft und weltweit aufs Schärfste. Antisemitismus oder Judenhass sind verachtenswert und inakzeptabel. Pax Christi International vertritt die Menschenrechte aller Menschen und aller Völker. Die Wurzeln der Menschenrechte gründen in der einem jeden menschlichen Wesen eigenen Würde.

Die Friedensbewegung hat schon immer großen Wert auf Kooperation und Dialog zwischen den unterschiedlichen Konfessionen und Religionen gelegt, besonders, wenn es um das Streben nach Gerechtigkeit und Frieden sowie größeren Respekt zwischen auseinanderklaffenden religiösen Identitäten geht. Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi hat sich dem ökumenischen und interreligiösen Dialog und der Zusammenarbeit verpflichtet. Ein wichtiger Orientierungspunkt ist die Soziallehre der katholischen Kirche.

In seiner Lehre hob Papst Johannes Paul II. besonders das Vorhandensein von „Strukturen der Sünde“ (*Sollicitudo Rei Socialis* 37 und 36) hervor, und es ist leicht zu erkennen, dass auch der Antisemitismus eine solche Struktur darstellt.

Wir als christliche Friedensstifter müssen dieser Struktur der Sünde aktiv entgegentreten und uns weigern, daran teilzuhaben. Wie Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben *Reconciliatio et Paenitentia*, 16, erklärte, müssen wir uns nicht nur weigern, eine Ursache des Bösen zu werden, sondern wir müssen uns auch weigern, im Angesicht des Bösen passiv zu bleiben oder zu schweigen.

Auch wenn es in der Geschichte Beispiele für ein gutes Einvernehmen zwischen dem Christentum und dem Judentum gibt, so steht dennoch außer Zweifel, dass diese gemeinsame Geschichte mehrheitlich von Schande gezeichnet ist.

Eine Ausnahme stellte der Mitbegründer der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der französische Bischof Pierre-Marie Théas (1894–1977) dar, der als einer der wenigen Mitglieder der französischen Bischofskonferenz im Zweiten Weltkrieg öffentlich und ohne Furcht die antisemiti-

sche Gesetzgebung der kollaborierenden Vichy-Regierung anprangerte.

In einem Hirtenbrief schrieb Bischof Théas: *„Ich verleihe dem empörten Protest des christlichen Gewissens eine Stimme und ich erkläre ..., dass alle Menschen, gleich welcher Rasse oder Religion, das Recht haben, von Individuen und Staaten respektiert zu werden ...“* (1942). Des Weiteren war der Bischof maßgeblich an der Rettung jüdischen Lebens beteiligt und wurde am 8. Juli 1969 von Yad Vashem als *Gerechter unter den Nationen* anerkannt.

1944 wurde Bischof Théas verhaftet. Bei seinem Aufenthalt in einem Gefangenenlager in Compiègne baten ihn die Mithäftlinge darum, sie im Gebet und der Besinnung anzuleiten. Er entschied sich, über die „Feindesliebe“ zu predigen und schlug vor, dass alle für ihre Wachen beten sollten. Im Gefängnis erhielt Bischof Théas einen Eindruck davon, wie schwierig und anspruchsvoll wahre Versöhnung zwischen Feinden tatsächlich ist.

In Erinnerung an ihn will die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi gegen Antisemitismus protestieren und ruft alle Gläubigen und alle Menschen, die guten Willens sind, dazu auf, sich der Herausforderung des Antisemitismus zu stellen, sich zu weigern, im Angesicht des Bösen passiv zu bleiben oder zu schweigen und nicht selbst zu einer Ursache des Bösen zu werden. Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi sagt Nein zur sündigen Struktur des Antisemitismus.

4. Juni 2018

Bischof Kevin Dowling, C.S.S.R.,
Bischof of Rustenburg, Co-Präsident

Ms Marie Dennis, Co-Präsidentin

Ms Greet Vanaerschot, Generalsekretärin

Gruppe von prominenten britisch-jüdischen Akademikern und anderen Personen

31. Wir müssen Antisemitismus definieren, um ihn wirksam bekämpfen zu können

Eine Gruppe von prominenten britisch-jüdischen Akademikern und anderen Personen fordert eine Klärung des Begriffs Antisemitismus.

Überall in der Welt gibt es beunruhigende Zeichen, dass jahrhundertealte Vorurteile gegen Juden wieder zum Vorschein kommen. Wir müssen sie klar erkennen können und sie resolut bekämpfen. Eine Voraussetzung, um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen, ist Klarheit darüber zu schaffen, was Antisemitismus ist und was nicht. Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil oder Feindschaft gegen uns, weil wir Juden sind. Es ist eine Form von Rassismus. Er kann sich in Gewalt äußern, in Aberkennung von Rechten, diskriminierenden Handlungen, vorurteilsbeladenem Verhalten, verbalen oder schriftlichen Äußerungen, negativen Stereotypen oder darin, Juden zum Sündenbock zu machen. Das Leugnen des Holocaust, Verleumdungen hinsichtlich angeblich blutrünstiger jüdischer Rituale, Verschwörungstheorien über vermeintliche jüdische Allmacht, oder angebliche Bevorzugung von Juden weltweit – all das sind Äußerungen von Antisemitismus.

Kritik an Israel ist nicht antisemitisch, es sei denn, sie ist von anti-jüdischen Vorurteilen geleitet. Beispiele dafür sind: man hält alle Juden für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich; man hält Verschwörungstheorien über den Staat Israel aufrecht, die auf antisemitischen Stereotypen über die vermeintliche Macht der Juden beruhen; man beschuldigt alle jüdischen Bürger, sie seien loyaler gegenüber Israel als gegenüber ihren eigenen Staaten.

Kritik an Israel, an der Vertreibung der Palästinenser und der Verweigerung ihrer Rechte, ist nicht antisemitisch. Kritik, die Gesetze und Politik des Staates Israel als rassistisch bezeichnet und sie unter dem Begriff Apartheid erfasst, ist nicht antisemitisch. Der Aufruf zu Boykott, Desinvestment und Sanktionen gegen Israel, um gegen diese Politik Widerstand zu leisten, ist nicht antisemitisch.

Wir rufen alle öffentlichen Institutionen und Organisationen auf, diese Prinzipien anzuwenden, wenn sie Antisemitismus innerhalb ihrer Organisation ansprechen und wenn sie ihn in der Gesellschaft bekämpfen.

Geoffrey Bindman

Ben Birnberg

DBA Epstein

Stephan Feuchtwang

Susie Orbach

Laurance Pearl

Jacqueline Rose

Steven Rose

Michael Rosen

Harvey Goldstein

Brian Klug

Peter Kosminsky

Mike Leigh

Douglas Ross

Donald Sassoon

Alexei Sayle

Justin Schlosberg

Lynne Segal

Malcolm Levitt

Moshe Machover

Miriam Margolyes

David Mond

Avi Shlaim

Gillian Slovo

Annabelle Sreberny

John S Yudkin

Nira Yuval-Davis

Gruppe von prominenten britisch-jüdischen Akademikern und anderen Personen, Wir müssen Antisemitismus definieren, um ihn wirksam bekämpfen zu können, Aufruf, u.a. in The Guardian, 15.6.2018, Übersetzung: Claus Walischewski.

Link:

<https://www.theguardian.com/news/2018/jun/15/we-must-define-antisemitism-to-fight-it-effectively>